NEUES SCHANZEN LEBEN

2,50

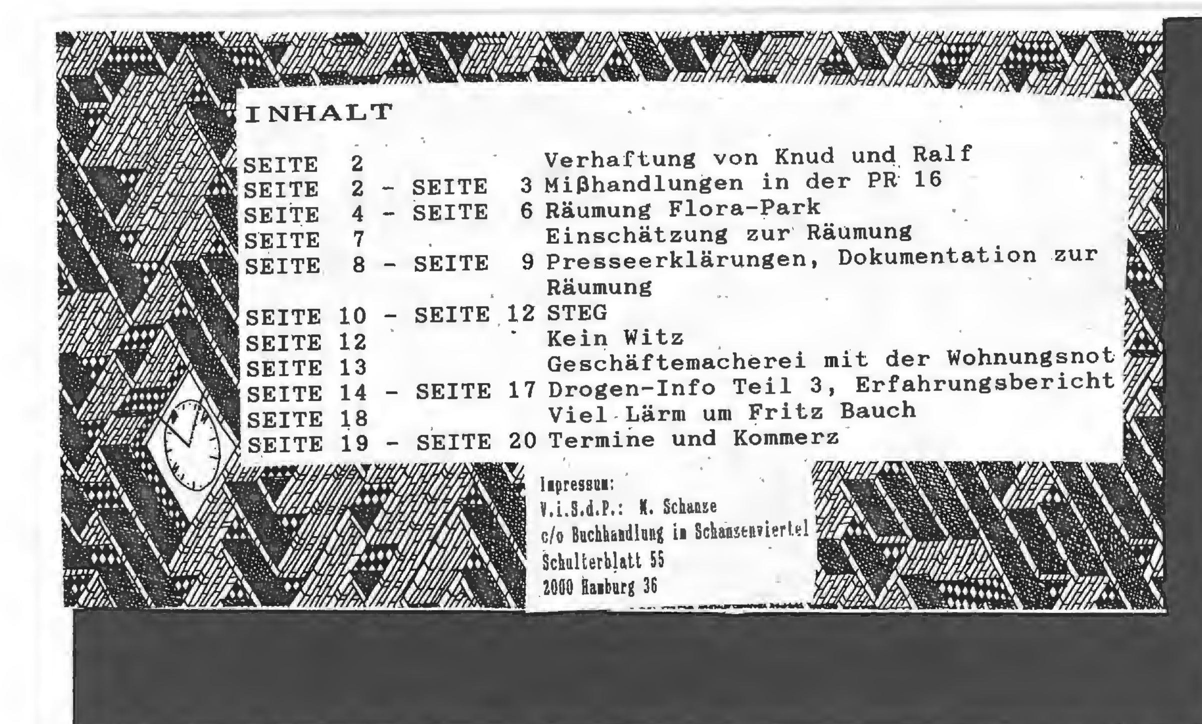
2/1991

Berichte

Infos

Einschätzungen





INHALT

Impressum:
V.i.S.d.P.: M. Schanze
c/o Buchhandlung im Schanzenviertel
Schulterblatt 55
2000 Hamburg 36

ZWEI GESICHTER

Die Festnahme von Knut und Ralf Ende Juli von zivilen Bullen des LKA Hamburg stellte einen weiteren Höhepunkt staatlicher Repression gegen den linksradikalen Widerstand hier in Hamburg dar. Wir gehen davon aus (siehe Presseerklärung) das die beiden die ihnen vorgeworfene Tat nicht begangen haben. Weder moralisch noch politisch werden Aktionen die Unbeteiligte treffen könnten von der Linken gutgeheißen geschweige denn ausgeübt.
Zug b.z.w. Bahnanschläge waren in der Vergangenheit häufig das Mittel faschistischen Terrors und nicht selten wurde von Seiten der Staatsmacht versucht dieses zu vertuschen oder der Linken in die Schuhe zu schieben.
So sehen wir auch die Festnahme der beiden als eine gezielte Staatsschutzaktion um einerseits propagandistisch linken Widerstand zu diskreditieren und andererseits die Menschen, die hier Politik machen zu verunsichern.

Sofortige Freilassung von Knut und Ralf !!!
Auflösung aller staatlichen Repressionsorgane !!!

Wer ihnen schreiben will:
Knud Andresen, Ralf Gauger z.Hd. Frau Peters
Amtsgericht Itzehoe, Bergstr. 5 - 7 2210 Itzehoe



Wir dokumentieren im folgenden die Presseerklärung zur Festnahme herausgegeben von FreundInnen und Bekannten.

Presseerklärung
Hamburg, den 2.8.91

Am Montag, den 29.7.91 wurden gegen 18.00h zwei Männer in Pinneberg in der Nähe der Bahnlinie festgenommen.
Angeblich wollen Hamburger Zivilahnder "zufällig" beobachtet haen, daß die beiden Betonplatten und Holzteile auf die Schienen gelegt haben. Um 17.30h soll ein vollbesetzter Eilzug in Richtung Kiel die Gegenstände überrollt haben.
Daraufhin hat die Staatsanwaltschaft Itzehoe Haftbefehl wegen "gefährlichen Eingriff in den Schienenverkehr" erlassen.
Seit dem 30.7. sitzen die beiden in Itzehoe und Kiel in Untersuchungshaft.

Wir als langjährige FreundInnen und Bekannte wissen, daß die Vorwürfe nicht stimmen !!
Wir kennen sie als politisch bewußte Menschen, für die solch eine "Aktion" völlig ausgeschlossen ist und ausdrücklich verurteilt wird.
Von daher gibt es nur zwei Möglichkeiten, was tatsächlich passiert sein kann:
1. Irgendjemand hat "zufällig" genau an diesem Nachmittag die Gegenstände auf die Schienen gelegt.
2. Hamburger Zivilfahnder waren es selbst, um einen Vorwand für die Festnahme zu haben.

Wir denken weder, daß "zufällig" irgendwelche Personen die Gegenstände dort hinlegten, noch das die Hamburger Zivilfahnder "zufällig" in Pinneberg spazieren gehen.
Wir gehen von einer gezielten Festnahme aus, die nicht nur die beiden treffen soll, sondern die gesamte linke Scene !

Nach der Festnahme wurden beide in das Untersuchungsgefängnis nach Itzehoe gebracht. Ralf wurde wenig später nach Kiel verlegt. An beiden Orten fanden seit der Festnahme Solidaritätskundgebungen statt. Letzten Mittwoch wurde weitere U-Haft angeordnet. Genaueres könnt ihr in der Roten Flora oder im Schwarzmarkt erfahren.

DER REPRESSION

Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir den folgenden Artikel, der noch einmal genauer auf die Festnahme von Frank (s. Seite 6) eingeht. Wir drucken ihn deshalb ab, weil er die "Arbeitsweise" der vor drei Jahren eingesetzten E-Schicht verdeutlicht. Der Großteil der 12 Festnahmen vor der wurde dann auch nachts von eben dieser E-Schicht, z.T. nach gezielten "Lockversuchen", vorgenommen.

Begleitend zu dem riesenhaften Polizeiaufgebot bei der Räumung waren (und sind) Horden von Zivis im Schanzenviertel im Einsatz. Besonders hervorgetan haben sich - wie schon so oft - die Herren der E-Schicht aus der Lerchenstraße. Am Samstag, den 27. Juli, gegen drei Uhr morgens schlugen einige von ihnen nachhaltig zu. Ihr Opfer war der 24-jährige Frank. Frank lebt im Karolinenviertel, stammt aus Rostock und ist 1988 per Ausreiseantrag aus der DDR hierher übersiedelt - nachdem er wohl einige Stasi-Probleme hatte. Seit Mai ist er mit Julia verheiratet, in der Nacht war er mit seiner Frau auf einer Wochenend-Schlendertour, mensch landete vor dem "Golem" am Schulterblatt.

JULIA: "Da kam ein weißer Golf, machte sich an dem Transparent an der Flora zu schaffen, von hinten kamen Rufe, daß das Nazis seien, und ich bin in die Richtung des Autos gegangen. Der fuhr zurück, dann gingen die Türen auf und vier Typen stiegen aus, da habe ich erst mal Angst bekommen und bin nach rechts abgehauen - direkt in die Arme eines Zivilfahnders. Wobei ich froh war, bei dem gelandet zu sein als bei denen aus dem Golf, weil ich die noch nicht unterscheiden konnte."

Julia wird zu einem VW-Bus gebracht, ihre Personalien sollen aufgenommen werden. Angeblich soll sie eine Flasche in Richtung des Golfs geworfen haben. Frank sieht vom "Golem" - etwa 50 Meter vom Geschehen - aus nur, daß ein Typ seine Frau am Arm packt und rennt los, um ihr zu helfen. Seine Bierflasche wirft er aus einiger Entfernung auf den Typen, der seine Frau festhält - der wird am Kopf verletzt. Frank hält die Typen für Kiez-Angehörige, er denkt, seine Frau soll entführt werden.

FRANK: " Es waren fünf oder sechs Typen, ich wurde zu Boden gerissen und mit Fußtritten und Schlagstöcken zusammengeschlagen. Die haben sich nicht ausgewiesen. Dann in den VW-Bus gezerrt, unter Beschimpfungen, 'Du Schwein', 'Jetzt bringen wir dich dahin, wo dir's gutgeht'. In der Lerchenwache haben sie mich aus dem Bus gezerrt - immer unter Prügeln - und in eine Zelle verfrachtet. Meine Kleider wurden mir mit Messern vom Körper geschnitten, die Stiefel aufgeschlitzt, mein Ehering völlig verbogen."

Im Untergeschoß der Wache sieht Frank zum ersten Mal einen Beamten in Uniform, er versteht, wo er gelandet ist und ist fast erleichtert.

FRANK: "Ich hab' mich wirklich gefreut, ich hab' gedacht, daß ich das alles nicht überlebe. In der Zelle war dann noch ein Zivilbeamter, der mich nochmal zusammengeschlagen hat."

Der uniformierte Beamte versucht, die Zivilfahnder zum Aufhören zu bewegen, die kümmern sich nicht um ihn. Auch andere Beamte schauen lieber weg als Frank zu helfen. In der Zelle bleibt Frank zunächst liegen, ab und zu kommen Zivilbeamte 'rein, beschimpfen ihn, er wird fotografiert. Seine Frau sitzt derweil ein paar Zellen neben ihm.

JULIA: "Ich hab' ihn schreien hören. Ich hatte die ganze Zeit Angst, auf's Maul zu kriegen, fünf Stunden lang Psychoterror."

Frank traut sich nicht, irgendetwas zu sagen. etwa einen Arzt zu verlangen. Die Schläger haben gute Arbeit geleistet - Frank blutet nicht, er hat "nur" ein zugeschwollenes Auge von einem Tritt. Auch sonst ist er am ganzen Körper blau geschlagen. Julia will telefonieren, es wird ihr verweigert.

FRANK: "Ein Zivilbeamter meinte, daß ich jetzt überwacht werde und wenn ich noch einmal schräg im Karo-Viertel spucke, dann würde ich fertiggemacht. Morgens - nach fünf Stunden - kam ein Kripo-Beamter und der meinte, ob ich nicht zum Arzt wollte. Als ich mich im Spiegel gesehen hatte, wollte ich auch. Der Beamte meinte, ich müßte seine Jungs verstehen, sie hätten in der Nacht keinen gekriegt, nur mich."

Frank wird mit dem Rettungswagen ins Hafenkrankenhaus gebracht - vier Tage behalten ihn die Ärzte da; sie stellten unter anderem folgende Verletzungen fest: Schwere Gehirnerschütterung, Hämatome am ganzen Körper, Blut im Urin als Folge eines Nierentritts. Der Verdacht auf Verletzungen der Lunge und anderer innerer Organe bewahrheitete sich glücklicherweise nicht. Frank hat Anzeige wegen versuchten Totschlags und unterlassener Hilfeleistung erstattet - ihm wird versuchte Gefangenenbefreiung, Widerstand und versuchte schwere Körperverletzung vorgeworfen.

FRANK: "Hätte ich gewußt, daß das Bullen sind, hätte ich nicht versucht, meine Frau zu befreien, denn die wäre ja ein paar Stunden später wieder da gewesen."

Seit dieser Nacht hat Julia Angst, das Haus zu verlassen, Franks Auge wird noch einige Zeit blutunterworfen bleiben. Die Polizei sprach davon, daß der Widerstand Frank's mit einfacher körperlicher Gewalt gebrochen worden sei - er habe sich also die Verletzungen selbst zuzuschreiben. Der verletzte Zivilfahnder wurde übrigens sofort ins Krankenhaus gebracht - seine leichte Platzwunde (so ein Mitarbeiter aus der Röntgenabteilung) wurde verarztet - der Mann konnte einige Tage keinen Dienst mehr tun.

E-Schicht Lerchenwache: ein Dauerbrenner, auch unter neuer Leitung; ihr Ex-Chef hat die Vorfälle des letzten Jahres nicht überstanden - sein Nachfolger ist noch im Amt und die Rufe nach anderen E-Schichten (z.B. Bergedorf) werden sogar lauter.



Der Flora-Park, Hamburgs erster Park, der ohne staatliche Mittel, in Eigeninitiative und mit vielen Spenden von BewohnerInnen des Schanzenviertels hergerichtet und bepflanzt wurde, ist von der Polizei geräumt und besetzt worden. Seitdem ist er wieder öde, tote Baugrube und das Viertel im Belagerungszustand.

Der Einsatz

In der Presse wurde viel über die Räumung berichtet, dabei aber bewußt oder unbewußt viel verdreht und verfälscht. Deshalb wollen wir noch einmal ein paar Tatsachen, die wir für wichtig halten, klarstellen:
Obwohl wir einiges gewohnt sind, so waren wir doch schockiert, daß sich diese Räumung zu einer Prügelorgie entwickelte, die wir schon lange nicht mehr erlebt haben.
500 ParkverteidigerInnen standen gegen die geballte Staatsmacht bestehend aus 1500 Bullen, 6 Wasserwerfer und diversen Sondereinsatzfahrzeugen.
Um 5.00h wurden die umliegenden Straßen mit einem Wasserwerfereinsatz geräumt. Die Gegenwehr an dieser Stelle beschränkte sich auf ein paar Steinwürfe und Leuchtmunition in Richtung Wasserwerfer.
Die 300 im Park verbliebenen BesetzerInnen wurden dann nahezu eingekesselt und aufgefordert den Platz in Richtung Schulterblatt zu verlassen. Als absehbar war, daß niemand dieser Aufforderung nachkam, wurde versucht mit Schildern und Schlagstock das Gelände zu räumen. Nach ein paar Minuten war klar, daß dies nicht ohne weiteres möglich war. Obwohl niemand mehr als Armschützer zum Selbstschutz dabei hatte, mußten die Bullen sogar wieder einige Meter zurückweichen. Die Folgen: SEK-Einsatztruppen machten mit Brachialgewalt auf Kopf und Unterleib klar, was es bedeutet den Anordnungen der Staatsmacht nicht zu folgen. Der Abzug entwickelte sich dann zum Spießrutenlauf, meinte doch jeder Grünuniformierte jetzt nochmal reinschlagen zu müssen.
Das Resultat: Vier mußten ins Krankenhaus gebracht werden, 20 bis 30 weitere Kopfverletzungen und Prellungen wurden ambulant behandelt. Kaum einer, die nicht diverse blaue Flecken davon trug.
Die juristische Grundlage für die Räumung des Parks war umstritten: Eine einstweilige Verfügung des Vereins FLORA e.V. war in der Nacht zum Dienstag bei dem Landgericht Hamburg eingereicht worden. Sie wurde damit begründet, daß vor zwei Jahren das Gebäude und das Gelände dem Verein zu einer befristeten Nutzung übergeben wurde. Da gegen die anschließende Nutzung nicht eingeschritten wurde, leitet sich daraus ein Besitzrecht ab. Das Gericht folgte im Laufe des Tages nicht dieser Argumentation. Nur: Der Polizeiführung war bekannt, daß es einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung gab und daß über ihn erst ab frühestens 7.30h beim Gericht entschieden werden würde.
Bei den Gesprächen zwischen den Anwälten des FLORA e.V. und der Polizeiführung trat der oberste Einsatzleiter Peters besonders unangenehm in Erscheinung. Er sabotierte durch dummes Gequatsche jedes Gespräch zwischen den Anwälten und den Polizeiführern, die die Gerichtsentscheidung abwarten wollten.
Doch wozu die Entscheidung abwarten, es geht ja auch nach dem Polizeiermächtigungsgesetz - kurz SOG.

Die Presse

Eine Durchsicht der einschlägigen Presse am nächsten Morgen ergab das erwartete Bild:
"Blutiger Terror gegen neue Wohnungen" (Bild), "Wieder Gewalt" (HA).
Das Bild, das die Presse von der Räumung zeichnete, läßt sich kurz so umreißen: Chaoten griffen die anrückende Polizei mit Steinen, Flaschen und Leuchtmunition an. Die Polizei kann nur mit Wasser-

ra



werfer die anliegenden Strassen räumen. Die 300 BesetzerInnen im Park beschimpfen und bewerfen die Polizei, sodaß sie nur mit Hilfe des Schlagstocks sich dieser Angriffe erwehren und den Park räumen kann.
Grundtendenz fast sämtlicher Artikel: Wie kann man nur gegen den Bau von Sozialwohnungen sein?

Dazu wurde in den letzten Wochen schon viel gesagt und geschrieben, was gar nicht oder nur beiläufig in der Berichterstattung erwähnt wurde. Deshalb jetzt noch einmal:
Viele von uns kämpfen schon seit Jahren für den Erhalt und die Schaffung billigen Wohnraums, sei es um den Abriss preiswerter Altbauten (Tegetthoffstr. im Frühjahr 91) zu verhindern, sei es um auf Leerstand von Wohnungen hinzuweisen (Schanzenstr. 58+62), sei es als OrganisatorInnen oder TeilnehmerInnen von Mieterdemos.
Außerdem: Viele von uns sind genauso von der Wohnungsmisere betroffen, zahlen überhöhte Mieten und/oder wohnen zu viert in 3-Zimmerwohnungen.
Wir sind es leid in die Ecke der Wohnungsbaufeinde gestellt zu werden, wo es doch offensichtlich ist, daß es z.B. in den Hamburger Stadtteilen wie Othmarschen, Wellingsbüttel und Poppenbüttel (bevorzugte Wohngegend von Politikern, Managern und anderen Bonzen) viele Grundstücke gibt, die mehr als doppelt so groß wie der Flora-Park sind und auf denen eine einzige Villa steht.
Wer die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt in den letzten Jahren verfolgt hat, weiß ganz genau, daß jährlich ca. 1000 Wohnungen durch Umwandlung in Arzt- und Anwaltspraxen, Werbeagenturen und sonstige Büros verloren gehen. Ganz zu schweigen vom geduldeten Leerstand vieler Wohnungen zwecks Spekulation, wie z.B. im Laue-Komplex gleich um die Ecke.
Diese verfehlte Wohnungspolitik sollen wir jetzt ausbaden. Diese Heuchelei stinkt uns bis zum Himmel.
Ach ja, für alle, die sowieso lieber in den Sternschanzenpark gehen: Auch dort soll bald mit dem Umbau des Wasserturms begonnen werden. Viel Spaß dann auf übrigbleibenden Kackwiese !

"Es ging auch darum, klarzumachen, wer in diesem Stadtteil das Sagen hat."

Innensenator Hackmann brachte es damit in seiner Pressekonferenz vom gleichen Abend auf den Punkt, denn genau das glauben wir auch.
Wir wissen:
- Der Bau von 42 neuen Sozialwohnungen wird nicht das Wohnungsproblem lösen
- Alle Räume und Lebensäußerungen, die nicht der direkten staatlichen Kontrolle unterliegen, sollen beseitigt oder unter staatliche Aufsicht gebracht werden.

Die Rote Flora ist genau so ein Raum, wo Menschen gemeinsam versuchen über das, was sie machen, selbst zu bestimmen - ohne Aufsicht und Kontrolle durch staatliche Instittutionen. Mit der Erichtung des Parks - trotz geringer finanzieller Mittel, aber getragen durch eine breite Unterstützung und Sympathie durch viele BewohnerInnen - wurde versucht diese Idee von der Flora auf den Park auszuweiten. Dies war voll und ganz gelungen und damit natürlich neben der Flora selbst ein weiterer Stachel im Fleisch der Politiker.

Der Belagerungszustand

Seit Dienstagmorgen, dem 23.7.ist das Viertel mal wieder im Belagerungszustand, auch wenn die offene Präsenz der Besatzungstrupen inzwischen etwas reduziert wurde. In den ersten Tagen war mindestens eine Hundertschaft BGS

oder Bereitschaftspolizei im Bereich Juliusstr./Schulterblatt stationiert. Beim kleinsten Anlaß wurde nachts die Scheinwerferbatterie eingeschaltet, um die Strassen und Wohnungen taghell auszuleuchten. Zivilbullen liefen und fuhren rudelweise durch die Strassen, immer auf der Suche nach Menschen, die sie verhaften und/oder verprügeln konnten. Bis Freitag 26.7. gab es mindestens 12 Festnahmen, z.T. wurden dabei gezielt Fallen von den Zivilbullen gestellt.
In der Nacht zum Samstag erreichten die Rambo-Methoden der zivilen E-Schicht der PR16 ihren vorläufigen Höhepunkt:
Frank wurde nach einer Provokation der Zivis verhaftet und brutal mißhandelt. Fünf Stunden wurde er auf der Wache an der Stresemannstr. mit Knüppeln, Fäusten und Stiefeltritten gefoltert, wobei immer wieder Sprüche fielen wie: "Erschiess ihn doch gleich."
In der Presse wurde diese Tatsache verschwiegen bzw. bezweifelt. Stattdessen stellt sie lieber Behauptungen auf wie: Flora-AktivistInnen bedrohen Geschäfte im Viertel. Dabei wird völlig auf den Kopf gestellt, wer hier wen bedroht.
Weitere Provokationen der Besatzungsmacht:
- Bis Montagmorgen war die Juliusstr. oft nur für AnwohnerInnen, die ihren Ausweis zeigen mußten, zu passieren.
- Die Bullen spannten permanent mit ihren Ferngläsern in die Fenster der umliegenden Wohnungen.
- Die Absperrung neben der Roten Flora am Parkeingang. Sie war für den Bau völlig überflüssig und sollte die Arbeit der Flora behindern. Z.B. war es nicht mehr möglich zu den dort abgestellten Müllcontainern zu gelangen.
- geradezu ekelerregend ist das Auftreten der Zivilbullen. Immer wieder beschimpfen und belästigen sie Menschen, um ein Klima der Verunsicherung und Angst zu schaffen.
Diese Liste ist völlig unvollständig und ließe sich beliebig verlängern. Wir glauben, daß mit den Provokationen Auseinandersetzungen entfacht werden soll(t)en, um einen Grund zu haben, die Rote Flora zu räumen oder zumindestens zu "besuchen".
Auch wenn es jetzt ruhiger geworden ist: Dieser Einsatz sollte den Widerstandswillen brechen und denen, die mit der Roten Flora und dem Park sympathisieren, zeigen, daß sie auf der Verliererseite stehen.

Schluß mit dem Bullenterror – Besatzer raus

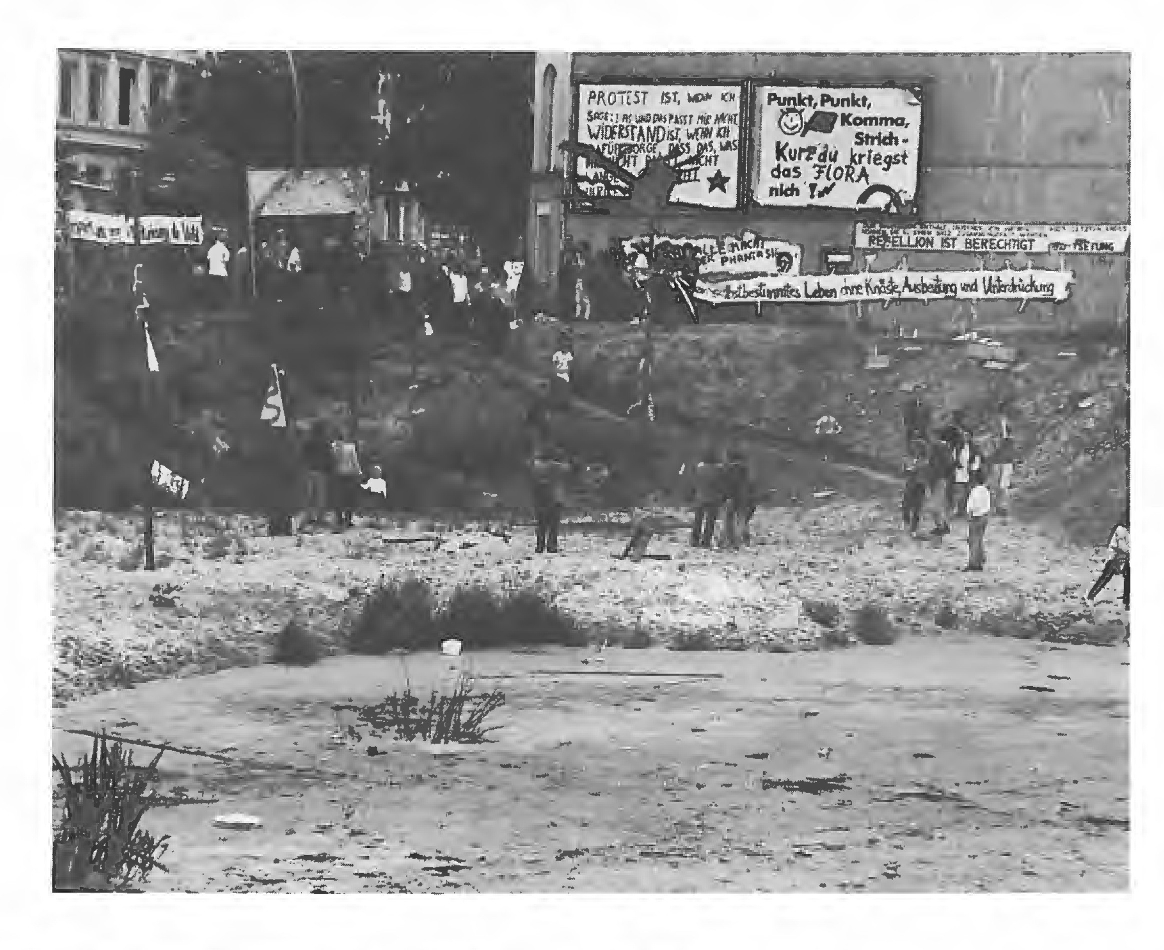
Auflösung der "zivilen" E-Schicht der PR16

Sofortige Rückgabe des Parkgeländes

Rote Flora bleibt

Der Kranke

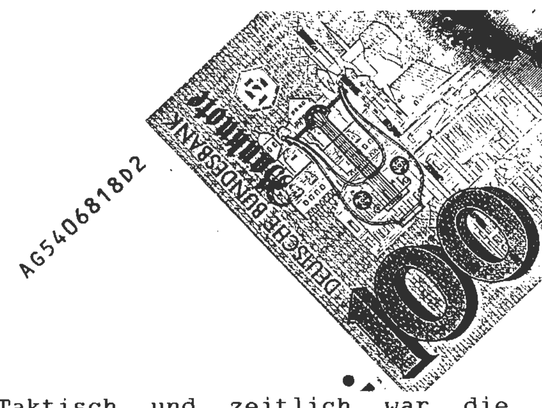
Am 25. Juli 1991 gegen 20.00 kommt Anna-Maria (5) von einer Woche auf dem Lande bei Oma Anna zurück nach Hamburg. In die Juliusstraße!!



Sie ist ziemlich verunsichert über die vielen Wannen und vor allem wegen der doppelten Polizeikette, die wir passieren müssen, um nach Haus zu kommen. Wir gehen erstmal zu der Wiederbaugrube.
"Wer hat den Flora-Park kaputt gemacht? Die haben das doch so schön gemacht!
Direkt vor unserer Haustür steht ein Rettungswagen des BGS. Anna-Maria möchte wissen, warum der Krankenwagen da steht. Da mir auch nichts passendes einfällt, klopfe ich an der Beifahrertür, und schildere dem Grenzschutz-Sanitäter unser Problem. Der Mensch läuft knallrot an und stammelt zu Anna-Maria: "Du möchtest also wissen, warum wir hier sind?" "Ja!" "... und das weißt Du wirklich nicht?" "Nein." "... na dann denk' mal nach...!"
Pabba: "Du Anna-Maria, ich glaub', der weiß selbst nicht, warum der hier ist, oder der will uns das nicht sagen. Aber laß uns doch mal zusammen überlegen. Ein Krankenwagen soll Kranke fahren. Wollen wir nicht mal gucken, ob da ein Kranker hinten liegt?"
Wir schauten dann durch das hintere Fenster in den Bus und .... welche Überraschung: da lag ein Grenzer und hielt sein Abendschläfchen.
Anna-Maria: "Da ist ja wirklich ein Kranker hinten drin!"
Jetzt weiß Anna-Maria zwar, daß der BGS seine eigenen Kranken ins Schanzen1/4 mitbringt, aber warum .....

Der schmutzige Krieg des Staates

Versuchen wir uns doch hier mal vorzustellen, daß es bei der Räumung des Floraparks nicht nur um die Vernichtung einer der wenigen Grünanlagen im Schanzenviertel ging, sondern daß es um mehr geht als um den Park. Warum hat der Senat gerade jetzt dem grünen Idyll ein solches Ende bereitet? Ist es nicht so, daß der Senat hier noch Großes vor hat?
Die Großprojekte, wie die Ansiedlung von Verkaufshallen des Rüstungskonzerns Daimler Benz an der Ecke Schulterblatt/Max-Brauer-Allee, der millionenschwere Ausbau des Wasserturms, sowie last but not least der Umbau bzw. die Übernahme des ehemaligen Laue-Komplexes durch den Spekulanten Dabelstein, das bedarf einer wie auch immer gearteten "Ruhe im Karton".
Ist die Räumung des Parks, gerade wegen der Dinge, die da noch kommen sollen, für den Senat nicht auch als Testlauf zu sehen? Ist der Widerstand gegen die Parkbebauung erst einmal gebrochen, kommt dann bald die Rote Flora dran? Es läßt sich dann, wenn wir den Ankündigungen Hackmanns mal kurz folgen, locker der Bogen zu einem finsteren Räumungs-Szenario am Hafenrand spannen. Aber erstmal geht es hier darum, daß der Senat bei den Spekulanten und Abzockern im Wort steht. Bevor der Senat hier nicht klar Schiff gemacht hat, soll heißen, daß Widerstandspotential aufgebrochen und zerstört hat, werden die Investoren weiter Muffe schieben müssen. Und das kann sich Hamburg das "Hoch im Norden" auf absehbare Zeit nicht leisten.



Taktisch und zeitlich war die Räumung des Flora Parks für den Senat sicherlich eine gelungene Vorstellung. Mit ca. 1.500 Bullen, modernem Aufstandsbekämpfungsgerät machten sie den anwesenden Menschen im Park doch ziemlich schnell den Garaus. Das dabei viele Verletzte mit zum Teil derben Kopfverletzungen liegen blieben, hatten die Senatsstrategen wohlwissend mit einkalkuliert.

Gerade im Mai, Juni und Juli hatte der Flora-Park immer mehr Zuspruch der BewohnerInnen der angrenzenden Viertel bekommen. Immer mehr Menschen fingen an, dieses kleine Idyll zu entdecken und zu nutzen. Just in diesem Moment schlugen die Schergen des Senats zu, wobei ihnen die Sommerferien zeitlich eine menschenleerere Stadt präsentierte. Außerdem wußten sie, daß es uns grundsätzlich viel schwerer fallen würde, gegen sozialen Wohnungsbau Stimmung zu machen als im Vergleich zu vor drei Jahren gegen den Kurzkommerzpalast. Warum aber wird gerade an der Flora sogenanter "sozialer Wohnungsbau" betrieben, wenn es doch noch das ehemalige Lauegelände gibt?.
Was ist eigentlich sozial an den geplanten 1 bzw. 1 1/2 oder gar 2 1/2 Zimmerwohnungen?.
Für wen werden diese Wohnklos denn gebaut? Auf jeden Fall nicht für Leute mit Kindern. Aber die Wohnungsbaugesellschaft, die dieses Projekt in der Juliusstraße hochziehen will, arbeitet logischerweise profitorientiert. Wenn die Mietpreisbindung für die Sozialwohnungen ausgelaufen ist,

Profit und "Befriedung"

lassen sich gerade mit diesem Ein- bzw. Zweipersonenwohnraum wunderbare Rendite erzielen.
Zum ehemaligem Lauekomplex ist bereits viel gesagt worden, deshalb nur nochmal kurz die Facts zusammengefaßt:
Der Senat überließ, trotz wohnungspolitischem Bedarf und seinem Vorkaufsrecht, einem wilden Immobilienhai das Sahnegelände der ehemaligen Lauefabrik plus über 100 Wohnungen aller Größen. Um teuren, d.h. neugebauten und dadurch renditeträchtigeren Wohnraum hochzuziehen, hier seit Jahren schon von der Firma Laue begonnen, entmietet und regelgerecht Wohnraumzerstörung betrieben. In diversen Häusern, ob es regnet oder schneit, stehen die Fenster auf, Dachschäden sind nicht mehr zu übersehen. Dieser Leerstand von relativ billigem Wohnraum ist seit Jahren bekannt und von der zuständigen Behörde geduldet.

Der Daimler Benz-Neubau kommt an die Ecke Schulterblatt/-Max-Brauer-Allee. Auch dieses ist wieder ein ehrgeiziges Projekt, mit dem das Schanzenviertel zugepflastert werden soll. Edle Verkaufshallen der Stuttgarter Nobelkarossenfabrik sollen das Viertel weiter aufwerten. Anknüpfend an die alte Tradition (schon damals handelsüblicher Platz für Pferdestärken) soll die Pferdemarktnähe wieder Zentrum für moderne Pferdestärken werden. Zwar entspricht die Kaufkraft noch nicht ganz diesem Niveau, aber das kann ja noch werden, daß auch potente Käufer aus dem näheren Umfeld kommen. Stichwort: Umstrukturierung! (Klassewort)



Die Freiflächen und Freiräume dieses Stadtteils werden systematisch zuplaniert und zerstört. Wie schleichend das in den letzten Jahren gegangen ist, kann man nur zu deutlich am Bauspielplatz sehen. Erst hat sich Mazda ein Stück einverleibt, und jetzt steht der Turnhallenneubau für die Grundschule Altonaer Straße/ Schanzenstraße an. Auch dafür wird wohl wieder "der Baui" dran glauben müssen. Was aber aus den Kids wird, die dieses Gelände genutzt haben, scheint aber kaum jemanden zu interessieren. Raus auf die Straße, dem Spielplatz der Zukunft hier im Viertel. Was spricht eigentlich dagegen, die Turnhalle auf die für Daimler Benz bereitgehaltene Freifläche zu verlegen, aber eine Turnhalle oder ein Bauspielplatz verursachen nur Kosten, während Daimler für Profitmaximierung steht.

DURCHBLICK

Ev.-luth. Friedenskirchengemeinde Hamburg-Altona

Öffentliche Erklärung des Kirchenvorstandes der Friedenskirchengemeinde

Aus einer Baugrube für einen Musicalpalast war seit einigen Monaten ein kleiner Park im Entstehen.
Vor wenigen Wochen noch haben wir - ältere und jüngere Menschen aus der Gemeinde und dem Stadtteil - den Flora-Park, der in unserem Gemeindebezirk liegt, besucht. Dabei haben wir "FloristInnen" kennengelernt und miteinander diskutiert. Erste Kontakte begannen sich zu entwickeln, Hemmschwellen wurden benannt und fingen an abgebaut zu werden. So kamen sich über den Park Menschen verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen Einstellungen näher. Der Park wurde als eine Bereicherung im Stadtteil gesehen.

Deshalb sind wir bestürzt, wie durch den gewaltigen Polizeieinsatz der Park wieder zur Baugrube gemacht wurde. Ausgerechnet hier sollen 42 Sozialwohnungen entstehen. Den Vorwurf, daß die "FloristInnen" Wohnungsbau verhindern wollen, halten wir für absurd. Gerade diese Menschen engagieren sich seit Jahren gegen Wohnraumvernichtung, Umwandlung von günstigen Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen und fordern die Bereitstellung von Sozialwohnungen. Hier werden soziale Problem vom Senat benutzt, um letzlich Menschen gegeneinander auszuspielen und Macht durchzusetzen.

Innensenator Hackmann hat zu verstehen gegeben, daß es bei den Polizeiaktionen auch darum gegangen sei, "ob Regierung und Parlament das Sagen im Schanzenviertel haben oder selbsternannte Kräfte." Wir gehen dagegen davon aus, daß die Menschen, die hier leben, gemeinsam darüber befinden sollten, wie ihre Lebens- und Wohnverhältnisse aussehen.

Wir sind bestürzt darüber, wie durch die Politik des Senats im Viertel ein Klima der äußersten Spannung erzeugt wird. Diese Polizeipräsenz halten wir für unerträglich. Konfrontationen sind so vorprogrammiert.
Schon gibt es die ersten Meldungen von z. T. schweren Mißhandlungen an Festgenommenen durch Polizeibeamte.

Den Flora-Park hätten wir gern erhalten gesehen.

ERKLÄRUNG DER ANWOHNERINNEN-INITIATIVE

Wut und Empörung empfinden wir anläßlich des brutalen Polizeieinsatzes zur Räumung des Flora-Park.
Da werden Menschen ohne Gegenwehr niedergeküppelt (Zahlreiche Verletzte belegen das), nur weil sie ein Stückchen Grün verteidigen, welches in mühevoller Arbeit angelegt wurde.
In zahlreichen Medien sieht der Sachverhalt natürlich ganz anders aus. "Chaoten wollen Sozialwohnungsbau verhindern". Unter diesem Tenor läuft die Berichterstattung ab.
Klar ist aber das es gar nicht um den sozialen Wohnungsbau geht, sondern hier soll eindeutig die Machtpolitik des Hamburger Senats ausgeführt werden.

Innensenator Hackmann spricht es in den Medien ganz klar aus. Es geht darum ein ganzes Stadtviertel zu disziplinieren, da fällt auch das letzte Deckmäntelchen der pseudosozialen Politik des Hamburger Senats.

Für uns geht diese Linie noch weiter, dieser Polizeieinsatz ist die eindeutige "Vergeltung" für die gelungene Verhinderung des Phantom-Neubaus vor 2 Jahren, durch eine breite Solidarisierung der BewohnerInnen des Schanzenviertels und vieler Symphatisanten. Diese "Niederlage" soll nun wieder ausgebügelt werden und dafür ist dem Senat "jedes" Mittel recht.

Überall wo Menschen Ihre Kreativität und Eigeninitiative entwickeln und sich gegen arrogante machtpolitische Entscheidungen des Senat zur Wehr setzen, werden diese Menschen diskreminiert, kriminalisiert und wenn das nicht ausreicht, wird jeder noch vorhandene Widerstand durch die Polizei niedergeknüppelt.
1500 Polizisten und Bundesgrenzschützer werden hier aufgeboten um einen Park zu zerstören. Auf der anderen Seite treiben Skinheads in Hamburg ihr Unwesen und prügeln Menschen "halbtot". Zum Schutz dieser Betroffenen stehen aber keine Polizeikräfte zur Verfügung. Vieleicht ist ja ein Grund, daß viele Polizeibeamte mit den rechtsradikalen Schlägern symphatisieren, während Sie grinsend auf die von Ihren " Kollegen " blutig geschlagenen Köpfe der demonstrierenden Menschen im Flora-Park schauen.
Wut kommt auch hoch, wenn sich Herr Hackmann im " Hamburg-Journal vom 23.7.91 hinstellt und frech behauptet, der Senat habe ja alles getan um zu einer einvernehmlichen Lösung des Problems Flora-Park und Bebauung zu kommen.

Wir haben nichts davon gemerkt Herr Hackmann, außer, daß die STEG vom Senat vorgeschickt wurde, um die NutzerInnen der Roten Flora und die BewohnerInnen des Schanzenviertels gegeneinander auszuspielen, (siehe neueste Ausgabe der " Flora Quatiersnachrichten " der STEG). Mit Ihrer Politik machte und macht sich die STEG zum Büttel der Senatspolitik und arbeitet somit eindeutig gegen die Interessen vieler Menschen im Schanzenviertel. Noch schlimmer, mit Ihrer Politik schafft die STEG erst die Grundlagen für derartig brutale Polizeieinsätze.

Aktivitäten Berichte

Erklärung der Mitarbeiter des Haus für Alle Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel zu Flora und Flora Park

Am 23. Juli wurde der in einer Eigeninitiative vieler BewohnerInnen des Schanzenviertels gestaltete Flora Park von einem massiven Polizeiaufgebot zerstört, um den Bau von 42 Sozialwohnungen an dieser Stelle zu erzwingen. Seitdem ist das Viertel besetzt; wir alle, die wir im Viertel leben und arbeiten, sind mit ständigen Übergriffen von Polizei und Bundesgrenzschutz konfrontiert.

Im Schanzenviertel leben hauptsächlich Menschen mit geringen Ressourcen, ArbeiterInnen, ImmigrantInnen und Flüchtlinge, StudentInnen und auch viele alte Menschen, die hier ihr ganzes Leben verbracht haben. Alle zusammen haben trotz massiver Beeinträchtigungen eine eigenständige Art des Zusammenlebens, des kulturellen Ausdruckes für sich gefunden und so das Viertel unverkennbar geprägt.

In den Plänen und der Politik des Hamburger Senats, eine "Westliche Innere Stadt" gegen die Interessen der BewohnerInnen durchzusetzen, kommt das Viertel nur als Material, als Baustein vor. Nachdem mehrere Versuche, das Schanzenviertel zu kommerzialisieren - Phantom am Schulterblatt, Mehrzweckhalle unter anderem - dem Senat nur politische Niederlagen eingetragen haben, wird nunmehr versucht, mit dem Scheinkonzept "Sozialer Wohnungsbau" in der Hoffnung auf Akzeptanz der Öffentlichkeit zuerst den Park zu zerstören und dann aufgrund des Widerstandes der Menschen im Viertel daraus eine Beseitigung der Flora nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz oder sonstwie einzuleiten.

Wir Mitarbeiter der internationalen Begegnungsstätte Haus für Alle sind ständig mit den Folgen dieser Politik, ihren Auswirkungen auf einzelne und auch auf ImmigrantInnengruppen konfrontiert. Die Intention des Senats, auch auf dem Wege einer Hetzkampagne in der Presse, das Viertel zu spalten und die Meinung der BewohnerInnen gegen die Flora zu wenden, verurteilen wir. Wir betonen hiermit ausdrücklich die Bedeutung der politischen und Kulturarbeit der Floraleute. In den letzten eineinhalb Jahren - seit Bestehen der Roten Flora - hat sich nicht - wie der Senat behauptet, das Klima im Schanzenviertel zu ungunsten der Menschen verändert; vielmehr herrschte eine Atmosphäre der fruchtbaren Zusammenarbeit und der "friedlichen Koexistenz". Die Besatzer versuchen nunmehr, dies

Liebe FloristInnen.

mit Empörung haben wir, teils aus unseren Urlaubsorten, von der Räumung und Zerstörung des Flora-Parks gehört.

Diese feige Handlung, wohlüberlegt in die Urlaubszeit gelegt und somit ohne die Möglichkeit einer demokratischen Gegenwehr, stößt auf unsere entschiedene Ablehnung. Wer - wie z.B. in Eimsbüttel geschehen - dutzende von bezahlbaren Wohnungen vernichtet, hat nicht das Recht, mit dem Argument von 42 "Sozialwohnungen" Teile der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen.

Wenn's denn unbedingt 42 Wohnungen sein sollen, kann die Anwohnerinitiative der Tegetthoffstraße dem Senat sofort einen geeigneten Standort in der Tegetthoffstraße benennen. Die Grundstückskosten können aus den Mitteln für den Bundesgrenzschütz beglichen werden. 42 Sozialwohnungen sollen die Akzeptanz der Bevölkerung zur Flora-Räumung erzwingen und übertünchen, daß der Senat unfähig ist, soziale Probleme mit den Betroffenen zu lösen.

Aus eigener Erfahrung wissen wir von der wundersamen Wandlung von Eier zu Steinen und wie aus Straßenfestresten Molotow-Cocktails konstruiert werden. Schamlos werden die HamburgerInnen in ihrem Glauben an die Rechtmäßigkeit der Polizeihandlungen belogen, um Knüppelorgien und Wasserwerfereinsätze zu rechtfertigen.
Unsere Video-Dokumente von der Räumung der Tegetthoffstr. 1 belegen dieses eindeutig.

Deshalb fordern wir:

1. *Die sofortige Rückgabe des Flora-Parks an die letzten NutzerInnen.*
2. *Abzug aller Polizei- und paramilitärischen Einheiten.*
3. *Schluß mit der kleinkarierten und miefigen Senatspolitik in Hamburg!*

Aus Solidarität überweisen wir DM 250.-- aus unserer Initiativkasse.

AnwohnerInneninitiative
Tegetthoffstraße



WAS BISHER GESCHAH ...

ÖFFENTLICHKEIT

OFFENER BRIEF AN DAS "HAMBURGER ABENDBLATT"

Betr.: Ihr Artikel vom 27.7.91, "Angst vor dem Flora-Terror"

Wir,wie sie es nennen "Geschäftsleute",aus dem Schanzenviertel, wurden von keiner Seite aufgefordert, "von derLebensmittel-abgabe an die uniformierten Eindringlinge" abzusehen. Auch die Aufforderung, daß eine "freundliche Kontaktaufnahme" zu Polizisten unterbleiben soll, haben wir nicht erhalten.
Von einer an die Wand geschriebenen Parole "hier kauf(t)en Bullen" distanzieren wir uns, weil wir der Meinung sind, daß die Läden und Betriebe im Schanzenviertel selbst ent-scheiden sollen, was sie tun oder lassen.
Wir fühlen uns von der Szene -wie sie es nennen- weder beob-achtet noch bedroht.
ImGegenteil, wir stehen zu unserer Meinungsäußerung,daß wir den Abzug von Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei und Zivilpolizeihorden aus dem Schanzenviertel fordern.
Wir lehnen es ab, diese"Besatzer" tagsüber freundlich zu bedienen, wenn sie, wie schon vielen unserer StammkundInnen ergangen, nachts unschuldige Menschen verprügeln,kontrollieren, bespitzeln und verhaften. Besonders die schon berüchtigte E-Schicht (Zivilpolizei aus der Wache Lerchenstraße), meint wohl nachts ihre Rambo-Fantasien ausleben zu dürfen.
In Häusern am Schulterblatt (Haspa) sitzen Polizisten mit Infrarotgeräten,morgens donnern Hubschrauber 10m über unseren Dächern, in den Straßen stehen Wasserwerfer und und und...

Wir fühlen uns von der Polizei und Menschen bedroht, die uns nachts unsere Türschlösser zerstören oder unsere Plakate, die unsere Sympathie mit der "Roten Flora" und dem Park kundtun, runterreißen.
Nochmals, nicht bedroht fühlen wir uns von der sogenannten Flora-Szene !
Hören sie mit diesen Presselügen auf !
Wir fordern sieauf, diesen Brief zu veröffentlichen !

Anschlag

STERNWARTE UND FLORA KOMMEN WIEDER

DIE FLORA BLEIBT IN UNSER HAND - SONST GIBT ES KEIN RUHIGES HINTERLAND

Als Solidaritätsaktion gegen die brutale Räumung der besetzten Sternwarte in Kiel und der nicht minder brutalen Räumung und Verwüstung des Roten Flora Parks in Hamburg haben wir in der Nacht vom 27.7.91 auf den 28.7.91 bei der WOBAU in Kiel erheblichen Glas - uns Sachschaden hinterlassen. Die WOBAU ist im Besitz des Landes und u.a. verantwortlich für das Spekulationsobjekt Sternwartenweg 5

SOLIDARITÄT MIT

Erklärung

Wir haben Dienstag das Rathaus zum Teil entglast, um nicht nur da zu sitzen und es schade zu finden, daß der FLORA-PARK geräumt worden ist, sondern weil wir nach Jahrelanger Erfahrung zu der Erkenntnis kommen mußten, daß Stimmen aus dem Volk, die nicht Kapital und Macht stützen, nur durch massiven Widerstand erhört werden.
Die Sozialbauten sind zwar wichtig, aber am falschen Platz.
Laßt euch nicht vertreiben!
Laßt nichts unversucht, eure Ideale und Träume durchzusetzen und zu verteidigen!
Deshalb rufen auch wir zum Wiederstand auf!
DORT und ÜBERALL

Heide

FLORA ZOFFT-WIR AUCH!!!!

Um unsere Meinung zur Flora - Raud-bebauung zu verdeutlichen hat's in der Nacht vom 23 -24 Juli die Scheiben von 2 Büros (Immobilien-Makler u. FDP) Zerbrezzelt!
Auch in Heidelberg werden die Interressen verschiedener Gruppen offen gegenein-ander ausgespielt, Bestzte Häuser gegen Studi-Wohnheim usw.
Gegen Räumungsterror, SpekulantInnentum gegen ... u. Bullen!!
LEBEN EINZELN U. FREI WIE EIN BAUM
GEMEIN (SAM) WIE EIN WALD !!!!

Wir sind eine Anwohner/innen-Initiative, die sich für den Erhalt der Grünfläche am Lerchenstieg und gegen den Neubau von 145 Sozialwohnungen darauf einsetzt. Außerdem wollen wir den Abriß des Lerchenhofs verhindern.
Dabei sind wir genausowenig wie die Flora gegen den Bau von Sozialwohnungen, sondern für den Erhalt der Grünfläche, auf der sie gebaut werden sollen.
Hier in diesem Stadtteil, dem am dichtesten besiedelten Hamburgs, brauchen die Menschen nicht nur einen Platz zum schlafen und arbeiten, sondern dringender als sonstwo auch Bewegungsfreiräume.
Der Flora-Park war eine der wenigen Oasen zwischen Schanzenpark und Elbe.
Die brutale Räumung empört uns und macht uns wütend.
Hier wurde nicht nur eine Grünfläche zerstört, sondern auch ein von breiten Bevölkerungsteilen mitgetragenes Projekt rücksichtslos kaputtgemacht.
Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß Eigeninitiative der Anwohner/innen unerwünscht ist.
Wir verurteilen die Handlungsweise von Senat und Polizei.
Einerseits wird durch die Politik des Senats Wohnraum durch Abriß, Leerstand und Zweckentfremdung vernichtet, andererseits wird mit dem Argument billigen Wohnraum schaffen zu müssen, ein selbstgestalteter, selbstbestimmter Park mit massiver Polizeigewalt skrupellos vernichtet.
Es ist offensichtlich, daß die Interessen der hier lebenden Menschen gegen die von Wohnungssuchenden ausgespielt werden.

Hamburg, den 29.7.91

ERKLÄRUNG

wir haben aus Anlaß der Räumungsdrohung des FLORA PARKS vom Hamburger Senat in der Nacht vom 22.07 auf den 23.07 mehrere Fenster des STADTPLANUNGSBÜROS LÜBECK entglast.
wir sehen diese Aktion als Angriff gegen die Umstukturierung in Lübeck, Hamburg und anderen Städten in der BRD.
Mit der brutalen Umstrukturierungspolitik der Herrschenden wird billiger Wohnraum vernichtet ...!



(Der) Weg mit der STEG

Am 3.7.91 wurden die BewohnerInnen des Schanzenviertels mit der Nummer 3 der "Flora-Quartiersnachrichten" beglückt. Auf den ersten Blick könnte mensch dieses 12-seitige Papier für ein Szene-Info halten, aber oben rechts, ganz klein, ist die wahre Urheberin zu erkennen: die STEG (Stadterneuerungsgesellschaft) - Hamburg.

Da diese "Nachrichten" sicherlich nicht allen bekannt sind, möchten wir hier kurz den Inhalt zusammenfassen.

I. Bis zum 30.08.1991 soll ein aktuelles Nutzungs-, Betreiber- und Finanzierungskonzept nach den vom Senat gesetzten und nun von der STEG verkauften Rahmenbedingungen von einem künftigen Träger erstellt werden.
Diese Rahmenbedingungen sind:
1. Das Grundstück wird in Flora-Kopfbau und "Blockinnenbereich" (ca. die Hälfte des bisherigen Parks) aufgeteilt.
2. Das Grundstück wird an einen Träger im Erbbaurecht auf 40 Jahre vergeben. Kosten 20.000 DM/Jahr.
3. Bedingungen:
a) integratives Konzept,
b) mehrere soziale und/oder Altersgruppen,
c) nicht nur eine Angebotsform,
d) Stadtteilbezogenheit, an den Bedürfnissen der BewohnerInnen des Viertels orientiert,
e) Offenheit und Kooperation mit anderen Einrichtungen,
f) jährlicher Rechenschaftsbericht darüber, ob die oben aufgestellten Bedingungen erfüllt wurden, bei Nichterfüllung einer oder mehrerer Bedingungen, wird das Erbbaurecht wieder entzogen.

II. Innerhalb der folgenden fünf Wochen soll ein Meinungsforschungsinstitut, in einem Gebiet zwischen Schanzen-, Stresemann-, Altonaer Straße und Max-Brauer Allee ein Stadtteilvotum zu dem vorgelegten Nutzungskonzept ermitteln. Bei positivem Votum geht dieses Konzept an die politischen Gremien und muß bei Ablehnung in diesen, genauso wie bei einem negativem Votum geändert werden.

III. Die Instandsetzung, die Kosten und die möglichen Modernisierungsmaßnahmen werden kurz umrissen.

IV. Die STEG sichert den Ablauf des erläuterten Verfahrens zu.

Das folgende Zitat soll als Einleitung für eine genauere Bewertung dienen.

"Die STEG regt daher ein Verfahren an, um einem *Träger* die Möglichkeit zu geben, in einer *rechtlich abgesicherten Form* das Gebäude langfristig als Stadtteilkulturzentrum zu nutzen. Damit würde der Weg für eine Instandsetzung des Gebäudes mit öffentlichen Mitteln geebnet werden. *Einmalig für Hamburg* ist an diesem Verfahren, das im folgenden erläutert wird, die vorgesehene *Abstimmung unter allen Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil* über die zukünftige Nutzung des Gebäudes.
Mit dem folgende Vorschlag setzt sich die STEG für ein Stadtteilkulturzentrum im Flora-Kopfbau und eine Instandsetzung des Gebäudes mit öffentlichen Mitteln unter bestimmten Rahmenbedingungen ein."

Diesen Absatz muß man sich in Ruhe auf der Zunge zergehen lassen, denn er macht eigentlich alles klar.

1. *Träger*: Schaffung einer hierarchischen und haftbar zu machenden Struktur, über die der Senat die inhaltliche und formale Kontrolle erreichen will.
2. *rechtlich abgesicherte Form*: Sie zielt unter den oben genannten Bedingungen auf die Kontrolle und Reglementierung der Stadtteilkultur in diesem Zentrum ab.
3. *Abstimmung aller Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils*:
Das soll eine völlig unverbindliche Abstimmung und maximal eine "Entscheidungshilfe" für die politischen Gremien sein.
4. *einmalig in Hamburg* wäre es, wenn in den politischen Gremien auf der Basis eines Stadtteilvotums entschieden wird. Aber darum geht es der STEG nicht, deshalb hat dieses Stadteilvotum nur eine Alibifunktion.

Die STEG empört sich im weiteren darüber, daß das "Rote Flora Plenum" nach wie vor alle Gespräche mit ihr ablehnt.



Eine Begründung dafür wird hier bewußt nicht genannt. (Das Flora-Plenum sagt, es verhandelt nicht mit den Strohmännern und -frauen, da die letztliche



Entscheidungskompetenz nicht bei der STEG, sondern beim Senat liegt.) Diese Position kann und darf von der STEG nicht zur Kenntnis genommen werden, da sie sonst ihre eigene Existenzberechtigung in Frage stellen müßte.
Die STEG versucht nach wie vor im Viertel akzeptiert und anerkannt zu werden. Diesem Ziel dient auch das von ihr vorgeschlagene Verfahren "bei dem alle Bewohnerinnen des Stadtteils ein Mitspracherecht haben".
Mitsprache heißt nicht Mitbestimmung, also demokratische Fassade.

Die Rahmenbedingungen sind "der Weg zum Ziel" - ihr Ziel - die Rote Flora in den Griff zu kriegen und über finanzielle Abhängigkeit die inhaltliche Kontrolle zu erreichen. Alle Vorschläge der STEG sind nach kommerziellen Gesichtspunkten aufgestellt.

- "Das Grundstück": Schon drei Wochen vor der Parkräumung (andere Handlungsschiene des Senats.-Bullenterror) ist der STEG klar, daß ein "in den politischen Gremien mehrheitsfähiges Nutzungskonzept" nur den Kopfbau und den nach dem Bau der 42 Sozialwohnungen noch verbleibenden "Blockinnenbereich" beinhalten kann.

- "Erbbaurecht": "In ihrer Broschüre schlägt die STEG vor, die Flora in Erbbaurecht an einen noch zu suchenden Träger für einen Pachtzins von 20.000,- DM/jährlich zu vergeben. (Das bedeutet eine Mietpreissteigerung von 20.000,- DM)".(Zitat aus dem Flugblatt: Unkraut vergeht nicht)

Das heißt, die Stadt Hamburg stellt keine kostenlose Kulturfläche zur Verfügung, sondern will eine kommerzielle Nutzung erreichen.

Fakt ist aber: die jetzigen NutzerInnen wollen keine Kommerzialisierung.

- "Stadtteilabstimmung": Das "Stadtteilvotum" soll, laut STEG, sicherstellen, daß ein "Rückhalt im Stadtteil" vorhanden ist. Ein Stadtteilzentrum sei darauf "angewiesen".

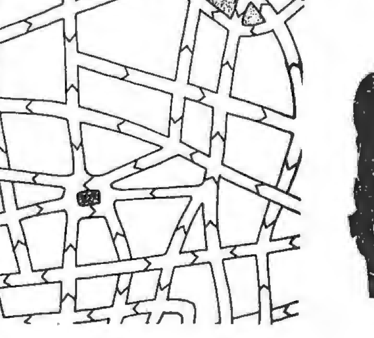
Dagegen ist zu stellen, daß die jetzigen BetreiberInnen und Initiativen aus dem Schanzenviertel, aber auch aus ganz St.Pauli, dem Karolinen Viertel, Eimsbüttel und Altona kommen. Der Einzugsbereich der NutzerInnen ist sogar noch größer.

Die Grenzen des Einzugsbereiches sind von der STEG völlig willkürlich gezogen worden.
An den folgenden Beispielen möchten wir die eigenwillige Logik der STEG verdeutlichen:

Läden wie der Car-Wash, BMW-Werner oder auch ein Musical-Palast haben keine Bindungen und Aufgaben im Viertel und deshalb wird auch keinE BewohnerIn befragt, ob solche Projekte hier anzusiedeln sind.

Jetzt zu dem Votum an sich:
Völlig egal, was ein mögliches Stadtteilvotum bringt, wenn die vom Senat durch die STEG dargestellten Bedingungen nicht akzeptiert werden, dann wird die Flora über kurz oder lang plattgemacht.

Der Senat hat hier im Viertel, wie bei der letzten Bürgerschaftswahl deutlich geworden ist (weniger als 50% Wahlbeteiligung), keine Mehrheit. Trotzdem zockt er seine Politik durch.





-"Instandsetzung":
Instandsetzung heißt eigentlich die Wiederherstellung des Gebäudes mit allen Einbauten nach den heutigen Regeln und Normen der Baukunst.

Ganz anders das Instandsetzungskonzept, was uns die STEG unterjubeln will.
Oberfrech unterstellt sie den jetzigen BetreiberInnen unterlassene Instandhaltung.
Sie will "die Hülle des Gebäudes wieder intaktsetzen". Also Außenwände, Dach, Fenster und Türen mit behindertengerechtem Zugang. Das soll dann 1,5 Mio DM kosten. In diesem Rohbau wäre sonst nichts weiter drin. Der Innenputz, die Decke zwischen Erdgeschoß und Obergeschoß, das Treppenhaus, die Podeste und dann die sanitären Einrichtungen (Auflage der Umweltbehörde), die elektrischen Anlagen (Auflage der HEW), eine Küche (Auflage des Gesundheitsamtes) und vor allem eine Heizung (Auflage des Winters) müßten genehmigungsfähig eingebaut werden. Hierfür müßte die BetreiberIn einen Kredit (Hypothek) in ähnlicher Höhe wie die Instandsetzungskosten aufnehmen. Ein verantwortlicher Träger, der sich nicht hoffnungslos überschulden will und auch weiß, daß Bierpreise von 5,- DM im Viertel nicht bezahlbar sind und die Flora eigentlich alkoholfrei halten will, muß dieses Konzept ablehnen.

Kein Weg mit der STEG

Oder das Szenario sähe so aus: Kultur passiert im Viertel nur von April bis Oktober. Wenn die Sonne aufgeht ist Einlaß, wenn es dunkel wird ist geschlossen. Einen Kaffee oder Tee gibt es nicht, um Abwasch zu vermeiden bringt jedeR seinen eigenen Becher samt Inhalt mit. Gesessen wird auf dem Fußboden, und ob alt, ob jung, alle gehen entweder in den Garten, oder in den umliegenden Kneipen auf Klo.
SO SÄHE ES AUS - und würde noch 20.000,-- DM Miete kosten.

Die "Flora Quatiersnachrichten" sind nicht dumm gemacht. Sie lassen die STEG als eine über dem Konflikt stehende Einrichtung erscheinen, obwohl sie tatsächlich nur die Senatspolitik verkaufen will. Dabei werden alle Register gezogen: von gut gespielter Empörung über den Abriß des "erhaltenswerten Chrystallpalastes" bis dahin, daß die STEG sich so darzustellt, als wäre sie direkt an der Verhinderung des Phantoms der Oper im Schanzenviertel beteiligt gewesen.

Die "Flora Quatiersnachrichten" sollen die tatsächlichen politischen Zusammenhänge verschleiern, von ihnen ablenken und Verwirrung stiften. Etwas flach erscheint auch der Versuch die Opfer der verfehlten Senatspolitik zu Schuldigen zu machen.
Unterm Strich stellt sich jedoch immer wieder heraus, daß es nur um ein scheinbares Eingehen auf die Probleme geht und die STEG nichts weiter macht als Bauernfängerei.

Es bleibt dabei: **KEIN WEG MIT DER STEG!**

Ein echtes „Schmankerl"

oder ein wohnungspolitischer Leckerbissen, der für sich spricht

(Abschrift)

Fred Schoop
Hartkrögen 6
2000 Hamburg 56 5.4.1991

Herrn Senator W. Ralphs
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft
Alter Steinweg 4
2000 Hamburg 1

<u>Betr.: Bauvorhaben "Brünschen" in Hamburg-Rissen</u>

Sehr geehrter Herr Senator Ralphs,

ich möchte Sie höflich bitten, sich in folgender Angelegenheit für uns einzusetzen:

Von der Bebauungs-Abteilung im Altonaer Rathaus habe ich erfahren, daß es geplant ist, im "Brünschen" in Hamburg-Rissen Wohnungen für Übersiedler und Obdachlose zu bauen. Sie können sich vorstellen, daß die Bewohner der angrenzenden Strassen und auch in der weiteren Umgebung über diese Absicht sehr beunruhigt und auch entsetzt sind. Eine derartige Besiedlung wäre für die Anwohner (vorwiegend Einzel- und Reihenhäuser sowie Eigentumswohnungen) nicht nur eine Wertminderung für ihr erworbenes Eigentum, sondern auch eine Verunsicherung, denn wir wissen



ja alle nur zu gut, was es heißt, Obdachlose in unmittelbarer Nähe zu haben. In wie vielen Stadtteilen Hamburgs wagen sich die Bewohner abends nicht mehr auf die Strasse, weil sie bedroht oder massiv belästigt werden. Einbrüche nehmen dramatisch zu und auch die Kinder bedürfen einer verstärkten Aufsicht. Soll dieser Zustand jetzt auch in den Stadtteilen Hamburgs eintreten, die bis jetzt einigermaßen verschont geblieben sind ? Sollen die Anwohner dafür "bestraft" werden, daß sie sich Eigentum angeschafft und dafür Wohnugen freigemacht haben ? Wir alle wissen doch, daß die meisten Obdachlosen Menschen sind, die arbeitsscheu sind, die geordnete Verhältnisse ablehnen, die trinken und keine Wohnkultur kennen - ganz im Gegenteil - eine gepflegte und ordentliche Umgebung reizt zur Zerstörung.

Das kennt man doch aus dem täglichen Leben - siehe die Bahnhöfe, die S-Bahn, etc., etc. Soetwas in den Elbvororten anzusiedeln ist wirklich mehr als unverständlich! Warum will man Hamburg gänzlich verschandeln ? Warum wird immer wieder diese sogenannte Integration vorgenommen - weiß man doch, daß das nichts bringt ! Es gibt sicherlich genug Grundstücke in Hamburg und Umgebung, wo diese Menschen untergebracht werden können, warum gerade in Hamburg-Rissen ! Können im "Brünschen" nicht Wohnungen für solvente Mieter gebaut werden, die Wert auf eine gute Umgebung legen, es werden doch dringend Grundstücke für den Wohnungsbau gesucht.
Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ralphs, sich dafür einzusetzen, daß der vorgesehene Bebauungsplan für den "Brünschen" in Hamburg-Rissen nicht realisiert wird, sicherlich entspricht das auch Ihrer Auffassung, daß ein derartiges Vorhaben für Rissen unmöglich ist !

Für eine baldige Rückantwort wären wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Fred Schoop

Geschäftemacherei



—mit der Wohnungsnot

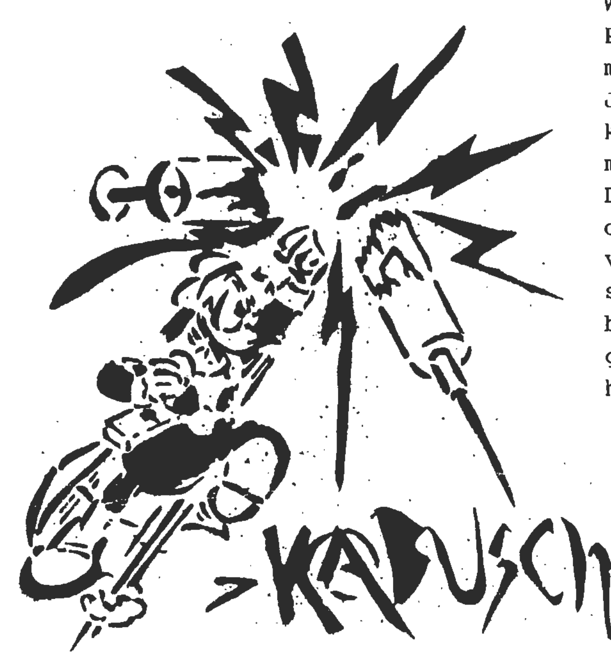
Die Wohnungsnot galt vor und nach der Räumung des Flora-Parks als das Hauptargument für den Bau von 42 Sozial-Mietwohnungen. Fakt ist, daß in Hamburg mittlerweile über 60.000 Wohnungslose leben, hinzukommen noch diejenigen Menschen, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben (zu klein, rott o.ä.), so daß von insgesamt rd. 100.000 Wohnungssuchenden in Hamburg gesprochen werden kann. Dieses Argument wurde allerdings "vergessen", als es darum ging, das Vorkaufsrecht des Senats für den Laue-Komplex wahrzunehmen oder als diverse Flächen für Gewerbe freigegeben wurden (Mazda Altonaer Str., evtl. Daimler-Benz, Max-Brauer-Allee, aber auch Quarree Ottensen).
Daß sich diese Situation durch den Bau von hier 42 Sozial-Mietwohnungen nicht ändern wird, ist ebenso klar wie die Möglichkeit, mit dieser Situation Geld zu machen. Insgesamt werden von der Stadt Hamburg z.B. DM 100 Millionen pro Jahr für die Unterbringung von Wohnungslosen in gewerblichen Hotels/Pensionen ausgegeben; dies ist aber nichts weiter als eine Verwahrung von Wohnungslosen, hat mit "Wohnen" in der Regel wenig bis nichts zu tun.
Will oder kann nicht auf diese sichere Einnahmequelle der Sozialhilfegelder zurückgegriffen werden, lassen sich immer noch leerstehende Zimmer, Keller oder auch aufgestellte Wohnwagen locker zu immensen Preisen vermieten, gibt's doch auch viele Wohnungslose, die Arbeit, aber keine Wohnung haben und auch irgendwo unterkommen müssen.
Vor ziemlich genau drei Jahren (31.7.1988) wurde der Betrieb der Aral-Tankstelle an der Ecke Schanzenstr./Ludwigstr. eingestellt. Monatelang fungierte diese Ecke dann als willkommener Parkplatz für AnwohnerInnen, aber auch für einfallende TouristInnen. Doch plötzlich wurden NutzerInnen des Parkplatzes darauf hingewiesen, daß dies nun ein gebührenpflichtiger Parkplatz sei, es gäbe die Möglichkeit, Tages- oder aber auch Dauerparkmarken zu erwerben (für DM 6,- für 8 Stunden bis DM 30,- + MwSt. für einen Monat). Doch die Drohung des Abschleppens wurde so nie wahrgemacht.
Seit dem letzten Winter wurde dieser Platz dann scheinbar auch als Abstellplatz für gebrauchte Wohnwagen genutzt, doch Wohnwagen sind zum "wohnen" da und diese sind auch bewohnt. Nebenbei fiel auch noch ein Job als "Parkwächter" dabei ab.
Das Grundstück wurde von einem Menschen namens Forstreuter gepachtet; dieser Mensch ist seit Jahren dafür bekannt, Keller- und andere Wohnungen, die als Löcher richtig bezeichnet sind, zimmerweise für horrende Summen zu vermieten. So wurden z.B. Ende 1987/Anfang 1988 für ein Durchgangszimmer DM 450,- verlangt und auch bezahlt. Allerdings lehnte das Landessozialamt seit der Zeit die Übernahme von Kosten bei Miet- oder Untermietverträgen, in denen der Name Forstreuter auftauchte, aufgrund der Zustände ab. Doch, s.o., der Markt ist groß. Inzwischen haben sich die Preise weiter erhöht, für zwei Personen werden jetzt DM 700,- verlangt!
Momentan stehen dreizehn Wohnwagen auf dem Gelände, alle sind "bewohnt", teilweise (?) von zwei Personen. Pro Person sind DM 150,- pro Woche zu bezahlen, dies sind im Monat DM 645,- (DM 150,- x 4,3) für eine Person; Strom, Gas, Wasser sind natürlich extra zu bezahlen! Hochgerechnet auf 26 Personen wären dies im Monat DM 16.670! Ausgehend von einem Stückpreis von vielleicht DM 2.000 - 3.000 für einen nicht unbedingt fahrbereiten Wohnwagen (bei einigen fällt inzwischen schon der Boden 'raus), über Kleinanzeigen oder auf Dörfern gekauft, läßt sich der Schnitt leicht überschlagen.
Gemindert wird dieser Schnitt höchstens dadurch, daß teilweise wohl auch das Sozialamt St. Pauli diese Art Unterbringung finanziert, allerdings "nur" in Höhe von DM 400,- pro Monat. Aus diesem Sozialamt war folgende Variante zu hören: Die Wohnwagen würden als quasi "Umsetzwohnung" dienen, da das Haus Schanzenstr. 22 derzeit renoviert wird; es würde keine Sondergenehmigung für die Wohnwagen geben, d.h. sie müßten nach Beendigung der Renovierung wieder weg. Bei dem angeblich zu renovierendem Haus handelt es sich um die alte Verkaufsbaracke der Tankstelle, in der die Menschen aus den Wohnwagen die eine Dusche und Toilette benutzen können. Da das Sozialamt dies bestimmt auch weiß, ist hier von einer stillschweigenden Unterstützung solcher Praktiken auszugehen.
Der besondere Hohn ist zudem, wenn sich solche Leute, die sich mit der Not anderer Menschen eine goldene Nase verdienen, auch noch als eine Art Wohltäter darstellen (lassen), die den "armen Wohnungslosen doch immerhin ein Dach über dem Kopf" bereitstellen.
Für weitere Informationen kann mensch sich wenden an:
Schinkenreuter Fleischwaren-Vertriebsgesellschaft mbH, Sternstr. 78, 2 Hamburg 36, Tel.: 438698, 436527, 562920 (priv.)

Drogen-Info 3.Teil

Die Ausdehnung der Drogenszene in St.Pauli, Karolinen- und Schanzenviertel geht stetig voran. Das kriegen insbesondere WIR / die Menschen, die in diesen Vierteln leben tagtäglich mit.
Im letzten Jahr wurden zwei Artikel im Schanzenleben zu den Themen Drogen / Aids veröffentlicht, dabei wurde auch das Konzept der"Palette" dargestellt.

Im Februar diesen Jahres forderte ein Arzt der Ärztekammer ein Verbot gegen die Ersatzdroge "Remedacen"

Hierbei wurde mal wieder deutlich wie Drogenpolitik betrieben wird. Statt Angebote und Hilfen werden Drogenabhängige mit Hindernissen konfrontiert,die einen Ausstieg aus der Drogenszene zusätzlich erschweren.
Der Ärztekammervorstand, vertreten durch den Geschäftsführenden Arzt Dr. Damm, führte zum Verbot von der Substitution mit Remedacen folgende Argumente auf:
- Angeblich seien manche Ärzte sehr großzügig in der Verschreibung von Remedacen, so daß größere Mengen auf dem Schwarzmarkt gegen Heroin umgesetzt werden (Klinikpackung mit 500 Tabletten).
- Methadon sei besser kontrollierbar bei der Verschreibung und Einnahme (es wird einmal täglich eingenommen) und zweimal wöchentlich werden Urinproben gemacht. Remedacen hat eine kürzere Wirkungszeit und wird dreimal täglich eingenommen.
- Codeinhaltige Medikamente seien für eine Substitutionsbehandlung grundsätzlich nicht geeignet (wegen zu kurzer Halbwertszeit der Substanzen). Die behandelden Ärzte sollen für ihre Patienten einen Antrag auf Methadon-Behandlung, bei der Sachverständigenkomission "Substitutionsmaßnahmen" stellen.
- Dies gelte nur für Hamburg, da durch die Sachverständigenkomission der Ärztekammer, die Methadon-Ambulanz Altona und die Kostenbeteiligung der Krankenkassen sehr gute Strukturen bestehen, um den Abhängigen zu helfen, die wirklich entziehen wollen.
- Bei Methadon-Substituierten findet ausreichend psychosoziale Betreuung statt, gegenüber den Klienten im Remedacen-Programm.
Remedacen ist ein krampflösendes Hustenmittel und wird als Eingangssubstitutionsmedikament (in gleicherweise wie Methadon) kramflösendes Präparat gegen die Entzugserscheinungen eingesetzt. Trotz der Zulässigkeit von codeinhaltigen Präparaten (wie Remedacen) für die Behandlung von Opiatabhängigen nach dem BtmG., wird bei Remedacen die Frage aufgestellt, ob nicht nach 6 Monaten der Klient auf ein anderes Präparat umgestellt werden sollte,z.B. auf Methadon.
Der Unterschied und Hauptkritikpunkt hierbei ist, daß Methadon nur einmal täglich kontrolliert unter fachlicher Aufsichte eingenommen wird, während Remedacen als Tagesration von Apotheken abgegeben und die vorgeschriebene Einnahme (die Dosis wird auf 3 Einnahmen verteilt) vom Klienten selbständig durchgeführt wird.
Methadon ist ein synthetisches Opiat und wirkt als starkes Schmerzmittel. Diese Ersatzdroge hat ein vergleichbares Suchtpotential wie Heroin, gelangt jedoch langsamer durch die Blutbahn ins Hirn und verursacht keinen Rausch.
Die Wirkungszeit von Methadon beträgt bis zu 24 Stunden ,und ist somit anhaltender als Heroin und die Ersatzdroge Remedacen.



Aufgrund dieser Forderungen äußerten einige Drogenberatungsstellen und Therapieeinrichtungen ihre Kritik am Remedacen-Verbot bei der Ärztekammer. Aus den Institutionen ging einstimmig hervor, daß mit den Forderungen des Dr. Damm, Drogenabhängige sowie die behandelnden Ärzte verunsichert werden. Weiterhin bestehe eine Notwendigkeit, zu den existierenden Methadon-Programmen, die Eingangssubstitution mit Remedacen fortzusetzen.
Durch die Zunahme von Drogenkonsumenten und dem Mangel an Flexibilität,der Kapazität und Strukturen der Methadon-Behandlung, müßten 500 zusätzliche Substitutionsplätze im Methadon-Programm geschaffen werden.
Laut Palette stelle ein Remedacen-Verbot eine Katastrophe dar, viele der Klienten würden die hohen Aufnahmekriterien nicht erfüllen (mehrere Therapieabbrüche, HIV-positiv, seit mehreren Jahren auf Heroin zu sein), sie hätten keine Chance auf einen Platz und würden wieder auf der Szene landen.
Oberarzt der Drogenentgiftung im AK-Ochsenzoll, Dr. K. Behrend kommentiert diesen Beschluß: "Eine Maßnahme, die zu einer erheblichen Verschlechterung der Patienten führen wird, die auf eine Entgiftung warten."
Die Drogeneinrichtungen sind bereits völlig ausgebucht. Bei ca. 9000 Abhängigen hat Hamburg nur 30 Entgiftungsplätze, ca. 500 Heroinabhängige stehen derzeit auf der Warteliste, mit einer Wartezeit von 4 Monaten.Auf einen Platz in einer Langzeittherapie müssen die Betroffenen bis zu 1 Jahr warten, gerade diese Zeiten können durch eine Substitution mit Remedacen überbrückt werden.
Die Forderung nach einem Remedacen-Verbot von Dr. Damm wurde von der Ärztekammer nicht gestützt, dem entgegen stand eine breite Kritik aus den Drogeneinrichtungen und von behandelnden Ärzten.

Aktueller Stand zur Situation eines substituierenden Arztes.:

Am 18.6.91 fand im UKE eine Solidaritätsveranstaltung zum Streit um die Ersatzdroge Remedacen statt. Der Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen, um die Ersatzdroge Remedacen hat für einige Ärzte bereits Folgen gezeigt. Von dem Arzt N. Strothmann verlangen die Krankenkassen eine Regreßforderung von 88900,- DM. Diesen Betrag muß der Arzt ratenweise zurück zahlen.Die Sozialbehörde wird zwar künftig die Remedacen Kosten durch einen zweiten Krankenschein übernehmen, die Kassenärztliche Vereinigung lehnt jedoch nach einem Beschluß die rückwirkende Kostenübernahme für den Arzt Strothmann ab. Durch solche Forderungen werden substituierende Ärzte verunsichert und in ihrer Existenz bedroht.



Das Drob-O-Mobil

Seit Monaten wird durch verschiedene Drogeneinrichtungen, die Forderung nach einem Drob-Inn für St.Pauli an den Senat gestellt. Die Aufbaugruppe 'Drob-Inn' begann mit dem 'Drob-O-Mobil' (einem bemalten Bauwagen), das an der Talstr./Ecke Simon v. Utrecht Str. steht, einmal wöchentlich Spritzen tauscht, sowie medizinische und soziale Beratung anzubieten. Trotz der kurzen Öffnungszeit (Mittwoch: 14h bis 18h) hat sich die Zahl von anfangs 10 Klienten auf nunmehr 48 erhöht. Dabei werden in 4 Stunden circa 1560 Sritzen getauscht. Mittlerweile wurde ein 2. 'Drob-Inn' durch den Senat finanziell genehmigt. Bei dem Anstieg der Drogenkonsumenten und den unzureichenden Abgaben von Ersatzdrogen stellt sich die Frage, ob nicht auch für weiteren Viertel Beratungs- und Übernachtungsstellen schon jetzt gefordert werden müssen (z.B. in Wandsbek und Horn).

„Das Drogenproblem in Wandsbek entschärfen"

Neue Beratungsstelle „VIVA" nimmt Arbeit am 15. August auf

Fixer, Heroin, Sucht – mit diesen Begriffen sind Stadtteile wie St. Georg und St. Pauli belegt. Aber auch in Jenfeld, Tonndorf und Rahlstedt werden Drogen zu einem immer auswegloseren Problem. Deshalb eröffnet der Verein Jugendhilfe am 15. August eine Drogen-Beratungsstelle für den Bezirk Wandsbek und die umliegenden Gebiete: das „VIVA" in der Tonndorfer Hauptstraße 60.

„Wir werden das Drogenproblem nicht lösen." Uwe Günter vom Beraterteam sieht seine Aufgabe realistisch. Zusammen mit seinen sechs Kollegen hat er das Konzept speziell für das Gebiet um Wandsbek erdacht. „Hier spielt sich die Drogensucht nicht auf offener Straße ab, sondern in Wohnungen, im privaten Kreis." Deshalb wird in dem 700 Quadratmeter großen Haus im Erdgeschoß ein Café eröffnet. Es soll ein Treffpunkt für Abhängige sein: „Hier können die Leute untereinander und mit uns reden. Aber auch nur einfach ausruhen, essen, trinken, ihre Wäsche waschen und duschen."

Außerdem haben Abhängige die Möglichkeit, alte Spritzen gegen neue zu tauschen. In den Räumen über dem Café sollen Beratungsgespräche für Drogensüchtige, aber auch für Angehörige und Lehrer stattfinden.

Außerdem wird im oberen Stockwerk Wohnraum für maximal acht Süchtige geschaffen, die sich in einer akuten Krisensituation befinden und dort für etwa ein halbes Jahr Unterschlupf finden können.

„Auch wenn die Sucht hier unsichtbar dahinschleicht, der Kampf dagegen wird immer aussichtloser", sagt Uwe Günter. „Aber wir hoffen, mit VIVA die Drogen-Problematik in Hamburgs größtem Stadtteil etwas zu entschärfen." bri

Viele Drogenabhängige nehmen oft verschiedene Drogen hintereinander oder gleichzeitig ein. Eine dieser Formen wird als 'Cocktail' bezeichnet, wobei Heroin und Kokain gemischt wird, auch zum täglichen Heroinkonsum nehmen viele Abhängige Rohypnol (ein starkes Schmerzmittel) in Verbindung mit Alkohol ein. Die



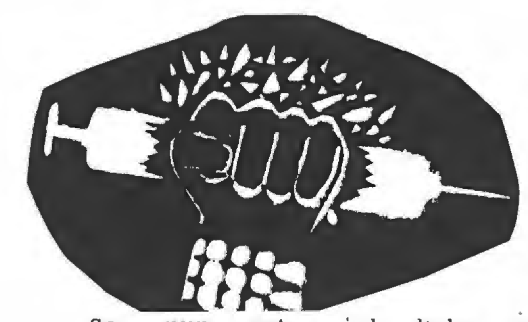
Zunahme von Mehrfachkonsumenten scheint eine Folge der körperlichen und geistigen Toleranz zu sein, die im Laufe der Sucht im Organismus entwickelt wird. Aus den Diskussionen über die Ausdehnung und Auswirkung der Drogenszene und den Möglichkeiten, die wir haben, um darauf aufmerksam zu machen und etwas verändern zu können, sind u.a. das Wandbild in der Talstr. und Sprühaktionen entstanden. Auch bei der Plakataktion 'DEALER RAUS!' haben sich Auseinandersetzungen innerhalb der Initiativen über unser Verhältnis zu Drogen und Drogenabhängigkeit entwickelt, deren gesellschaftlicher Akzeptanz einerseits und der Isolierung/Kriminalisierung der Abhängigkeit andererseits. Wir kamen in unserer Diskussion auch auf die Frage, ob es sinnvoll ist, die Legalisierung von Drogen zu fordern.Dahinter steht die Überlegung, daß z.B. die Abgabe von Heroin durch Apotheken den Kreislauf - Abhängigkeit, Kriminalisierung, soziale Isolation, soziale Verelendung und sich ausweitendem Analphabetismus (bei der Drogenbeschaffung bleibt keine Zeit für Schule oder Ausbildung) - durchbrechen könnte.

Aufgrund der Erfahrung der Drogeninitiativen bietet die Abgabe von Ersatzdrogen derzeit die einzige Möglichkeit den Konsumenten, besonders Jugendlichen und Kindern, einen Ausbruch aus dem Kreislauf zu ermöglichen, um so überhaupt erst die Voraussetzungen zu schaffen, eine realistische Perspektive in dieser Gesellschaft zu entwickeln.

ERFAHRUNGEN

Mein heutiger Beitrag möge in erster Linie aufgrund eigener Erfahrungen und Erlebnisse dazu beitragen, die Thematik, noch mehr, die immer weiter eskalierende Drogenproblematik und einer hierzu von einigen Bundesländern der BRD gesetzten Alternative von Drogensubstitution (wie z.B. Polamidon-Programme und Remedacen) aufzuzeigen.
Nun aber zu meiner Person.
Von meinen Angehörigen und näherem Bekanntenkreis lasse ich mich Garry rufen, weil mir dieser Name ganz einfach gut gefällt. Anfang Juli dieses Jahres werde ich 36 Jahre alt.
Meine Drogenkarriere fing mit Beginn des 15.Lebensjahres (1969) an und seit Mitte Oktober 1990 werde ich in Hamburg in der Drogenambulanz mit dem Ersatzmittel L-Polamidon substituiert, nachdem ich keinen besseren Weg für mich sehen konnte, als diesen und der auch noch sehr umstritten zu sein scheint in der Öffentlichkeit. Doch dem kann entgegengetreten werden, indem man ganz objektiv versucht, seine eigenen Erfahrungen und Erlebnisse in die Öffentlich zu geben und ich hoffe doch sehr, daß mir das gelingen wird.
Ich wurde als uneheliches Kind geboren und sofort zwei Jahre in einem Säuglingsheim in Wiesbaden untergebracht. Danach kam ich in den Haushalt meiner Mutter.
Ein Jahr nach der Einschulung in die Grundschule wurde meiner Mutter wieder das Sorgerecht vom Jugendamt entzogen und ich wieder im Heim untergebracht.
Da ich lt. Akten der Jugendbehörde ein ziemlich schwieriges Kind gewesen bin, blieb es nicht aus, daß ich bis zu Beginn meines 15.Lebensjahres in verschiedenen Heimen der BRD untergebracht gewesen bin. Diesen 7-jährigen Heimaufenthalt empfand ich oft als unerträglich, so daß es nicht ausbleiben konnte, daß ich mich allem widersetzte, was etwas mit Autoritäten zu tun hatte und ich meinen eigenen Weg gehen wollte. Auf die Unterbringung meiner Heimzeit mag ich jedoch nicht mehr näher eingehen, da ich meine, daß dies nichts zur Sache tut.

Während meiner einjährigen Flucht vor der Jugendaufsichtsbehörde (Sommer 1969 bis 1970) wurde ich zum ersten Mal mit Drogen, wie Haschisch und LSD konfrontiert. Dies ergab sich mehr oder weniger aus Neugierde meinerseits und weil es zur damaligen Zeit einfach "IN" gewesen ist. "Dabeizusein" bei Sachen, die etwas außergewöhnlich sind.
Mein erstes Versteckspiel mit den Behörden überbrückte ich damit, daß ich mich Automateneinbrüchen (Zigaretten und Gastronomie) widmete und mich z.T. in der Kleindealerei von Haschisch und LSD einspannen ließ. Gewohnt und genächtigt hatte ich meist bei Gleichgesinnten.
1970 im November wurde ich zu meiner ersten und einer unbestimmten Jugendstrafe in München verurteilt. Dieser Verurteilung folgten bis zum heutigen Tage noch eine Vielzahl derer, eben nur in der unterschiedlichsten Art und Weise von Situationen.
Nachdem mir in München vom Jugendschöffengericht ein dreijähriger Aufenthalt in dieser Stadt, zwecks der Gefahr von weiterer Verwahrlosung im Drogenmilieu verboten wurde, ließ ich mich Ende 1975 in Frankfurt/Main wohnhaft nieder. Dort begann auch im gleichen Jahr noch meine Fixerlaufbahn, die bis zum Beginn meiner Drogensubstitution mit L-Polamidon in Hamburg - ab Oktober 1990 -, eine ziemlich verheerende Zeit gewesen ist.
Da es mir in diesem Beitrag aber in erster Linie um die Substitution geht, halte ich es nicht für unbedingt notwen-dig, auch noch meine Fixererfahrungen nach dem Schema - "Christiane F." zu dokumentieren. Heute weiß wirkich jeder, was ein Junkie ist.



So, nun gut, ich habe ganz einfach nicht mehr den Nerv oder auch den Bock dazu. Solch einen Lebenswandel zu führen, wie er meiner Vergangenheit entspricht und so müßte ich mich nun endlich dazu aufraffen, mich für eine andere Zukunft entscheiden zu wollen, nachdem ich selber ganz stark spürte, wie nahe ich doch dem absoluten Ende bin, wenn ich nicht sofsrt anfange, bei mir etwas zu verändern.
Im Herbst 1990 kam ich, außer mit ein paar Klamotten und 400 DM, leider wieder Heroinrückfällig, hier in Hamburg an, ohne bis zu diesem Zeitpunkt hier einen Menschen gekannt haben. Ich bin leider auch nicht woanders nicht im Besitz einer Wohnung, sodaß ich nach wie vor obdachlos bin.



In den ersten Tagen (leider am Wochenende) habe ich mich von meinem Geld in einem Hotel am Hansaplatz eingenistet, weil ich mich noch vollkommen fremd hier fühlte. Natürlich benötigte ich gegen meinen Turkey (Entzugserscheinungen) auch Heroin, und so mußte ich mich in diesen ersten Tagen unheimlich zusammenreißen, damit ich an keine falsche Adresse geriet, wie z.B. ein Ripper (linker Junkie, der Gleichgesinnte, die etwas naiv sind, über den Tisch zieht = bescheißt).
Nun, "Gott sei Dank", ich kann von Glück sprechen, daß es mir bis zum jetzigen Tage gelungen ist, mich hier in Hamburg zurecht zu finden und einzuleben. Den ersten Schritt, den ich unternahm, zwar das Landessozialamt, die Drogenberatung "Drob - Inn" und das Arbeitsamt. Vom Sozialamt erhielt ich einen Hotelschein, der mich

berechtigte, einen Monat in einem Mehrbettzimmer in einem Hotel am Hansaplatz unterzukommen. Für 20 Dm/Tag belegte ich ein Zimmer mit noch drei anderen Leuten; aber auch nur einen Monat lang, weil ich dann aufgrund einer Infektion das Hotel wechselte. Ich hatte mir in dieser Pension die Kretze geholt und war stinksauer darüber. Auch, daß es an Kakerlaken in diesen Absteigen wimmelt, scheint das Sozialamt nicht zu interessieren. Die Hauptsache ist doch die, daß die Obdachlosen von der Straße weg sind und die Sachbearbeiter solcher Institutionen sich ihrer auferlegten Arbeit entledigen zu können, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Traurig, aber wahr; und es stellt sich aus unserer Sicht die Frage, wozu solche Leute überhaupt vom Staat bezahlt werden? Na ja, man kann nur auf Verbesserung hoffen.
Innerhalb von einer Woche hatte ich es dann auch geschafft hier in Hamburg-Altona in der D4rogenambulanz zur Substitution mit L-Polamidon unterzukommen, worüber ich froh sein kann, denn seitdem hat sich auch für mich viel verändert, daß ich nur noch selten das Bedürfnis nach Heroin habe und auf jegliches andere Opiat verzichten kann. Durch die tägliche Ration, die ich an L-Polamidon erhalte, sind mir jegliche Entzugserscheinungen genommen und der Hunger nach Opiaten ist stillgelegt. Ich kann mich wieder einem ganz normalen Lebenswandel zuwenden, so wie ihn meine anderen Mitbürger in der Gesellschaft pflegen. AUCH ZU LEBEN, und darüber bin ich nun mehr als froh. So z.B. ist es mir nun möglich, diesen Bericht für Sie zu erstellen und noch vieles mehr. Dieses wäre zur Zeit meiner Heroinsucht wohl kaum denkbar gewesen, liebe Leser und Leserinnen.
So bin ich nun auch, außer dem gewöhnlichen Alltag, wie z.B. Behördenerledigungen, auch anderweitig sehr aktiv geworden und darüber erhielt ich schon etliche positive Rückmeldungen. Selbst darüber freut man sich denn doch sehr und ich denke mir auch, daß es mit einer Polamidonvergabe allein noch längst nicht getan ist, da es nur den Ersatz von anderweitigen Opiaten darstellt und den Hunger nach Gift (Heroin) stillt.
Trotzdem wird aber auch noch die Erfahrung von zusätzlichem Konsum gemacht und ich denke, daß sich dieser so erklären läßt:
Die Leute erhalten ihr Polamidon, gemischt mit Apfelsaft (damit man nicht mehr drücken = fixen kann) und sind sich dann meist, wie zuvor, selbst überlassen, weil es auch ganz an so hervorragenden Einrichtungen wie Palette e.V. im Schanzenviertel mangelt, die sich auf psychosoziale Betreuung von Substituierten spezialisiert hat. Ich bin sehr froh darüber, endlich sagen zu können, daß ich einer von wenigen Klienten der Palette bin, da sich die derzeitige Kapazität zur Betreuung von Klienten auf zur Zeit 70 Plätze beschränkt.
Deshalb fordere ich eine Palette II und mehr solcher Einrichtungen, wie auch den sofortigen weiteren Ausbau der Substitution in der BRD!
Wir haben bereits genug Tote (viele andere bekannte Junkies) überlebt und müssen nicht leichtsinnig noch mehr Opfer und Tote in Kauf nehmen, wenn es hierzu eine Alternative gibt, die auch das bestätigt, worüber ich aufgrund meiner Erfahrungen und meiner jetzigen Situation berichtet habe.

Garry

Druckmobil auf Erfolgskurs

Mehr als 200 Drogenabhängige nutzten das Angebot einer ärztlichen Versorgung und ließen sich beraten. „Unser Doppeldecker-Omnibus war für den Andrang viel zu klein", sagt Rainer Schmidt von der Arbeitsgemeinschaft Fixerräume. Eine Woche lang war das „Druckmobil" der Initiative durch St. Georg, Eimsbüttel und St. Pauli gefahren. Rund 4000 Spritzen wurden getauscht. Rainer Schmidt: „Auch die Anwohner zeigten großes Interesse."
Mit der Aktion wollte die Arbeitsgemeinschaft ihre Forderung nach mehreren dezentralen Fixerräumen unterstreichen – eine rechtlich nicht unproblematische Situation. Denn das bundesdeutsche Betäubungsmittelgesetz stellt auch Handlungen unter Strafe, die Gelegenheit zum Konsum illegaler Rauschmittel schaffen. Trotzdem unterstützen rund 40 Initiativen, darunter die Kirchengemeinde St. Georg, die Initiatve. Pastor Gunnar Marwege: „Aus humanitären Gründen müssen wir den Drogenabhängigen helfen. Außerdem müssen die Bewohner der betroffenen Stadtteile entlastet werden." so



200 Fixer im „Druckmobil"

Drogenhelfer zogen Bilanz – Kritik an Betäubungsmittelgesetz und Politikern

„Mangelnde Zivilcourage" werfen Hamburger Drogenhelfer, Streetworker und Kirchenmitarbeiter den Politikern beim Einsatz gegen das Drogenelend vor. Eine Arbeitsgemeinschaft von 40 Hamburger Initiativen hatte eine Woche lang ein „Druckmobil", eine Art rollendes „Fixerstübli", eingesetzt, um Drogenabhängige und Bürger über diese fehlenden, aber oft lebensrettenden Einrichtungen in Hamburg zu informieren. Rund 200 Fixer seien gekommen, 4000 Spritzen wurden umgetauscht.
Rainer Schmidt, Sprecher der Initiativen, kritisierte das geltende Betäubungsmittelgesetz (BTMG), das unter anderem auch „das Verschaffen einer Gelegenheit zum Konsum illegaler Rauschmittel" mit Freiheitsstrafen bedrohe. Schmidt: „Das steht im krassen Widerspruch zur Gesundheitsfürsorgepflicht des Staates." So lange das BTMG so existiere, müßten Politiker und der Senat couragiert die Forderung nach Fixerräumen tatkräftig unterstützen.
Bestes Beispiel sei die Schweiz: Bei ähnlicher Rechtslage hätten Politiker aller Parteien „Fixerstübli" durchgesetzt. Seitdem sei niemand mehr an einer Überdosis gestorben. gph

KOMMENTAR

Mut zum Handeln

■ Mutige Sprüche klopfen kann jeder Hamburger Politiker. Sie in Taten umsetzen, da hapert es bereits. Schulterklopfen erntete Bürgermeister Voscherau für seine fortschrittliche Position zur Heroinfreigabe - eine Strafverfolgung riskieren jene Menschen, die mit dem Angebot des „Druckmobils" den Junkies etwas Menschenwürde zurückgeben wollen.
Was deutsche Politiker angeblich nicht können, praktizieren unsere Nachbarstaaten. Tolerierung des Drogenkonsums in Holland, Fixerstuben in der Schweiz - warum müssen sich die hiesigen Regierenden an jedem Komma im Gesetzestext festhalten, als wäre es ein Rettungsring! Gelänge es Hamburger Behörden und verantwortlichen Parlamentariern ausnahmsweise mal, sich auf die Tolerierung dieser notwendigen Fixerstube zu einigen, wäre dies im Sinne der Menschlichkeit eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Und für Hamburgs Politik schon eine kleine Revolution.
Bislang gilt jedoch nur: Gut läßt sich Wahlkampf führen - mit vollmundigen Ankündigungen. Schlecht läßt es sich leben mit dem täglichen Elend vor Augen. Unwürdig stirbt, wer auf die Taten der Sprücheklopfer wartet. *Sannah Koch*

ANZEIGE



Fritz Bauch und hoffentlich kein Ende

Fritz Bauch nicht nur eine Kneipe mit guter Stimmung, gutem Bier und ner netten Kneipencrew, sondern auch mit Lärm.
Dieses Problem ist von uns von Anfang an wichtig und bekannt gewesen. Aus diesem Grunde haben wir den direkten Kontakt zu den Nachbarn gesucht. Mittlerweile ist es möglich die Belästigungen genauer zu benennnen und etwas dagegen zu unternehmen. Z.B.:
- Bartelsstr:. zwei Geräuschübertragungen zwischen den beiden angrenzenmden Häusern.
- Musikbelästigung in den direkt über der Kneipe liegenden Wohnungen.
- Bartelsstr. 10: Geräuschpegel an lauschigen Sommerabenden durch rücksichtslose BiertrinkerInnen draußen vor der Kneipe (flegeln auf den parkenden Autos, umkippen von Gläsern und Flaschen).
Wir erwarten von unseren Gästen, daß sie Rücksicht nehmen auf die Nachbarn und sie uns in diesem Bemühen unterstützen diese Belästigungen abzustellen. D.h. sich ab 23.00h in die Kneipe zu begeben und nicht in den Hauseingängen rumlungern, geschweige denn die Fahrräder vor den Hauseingängen abzuschließen.
Zu unserer Vorstellung von einer guten Kneipe gehört auch, daß die Nachbarn gerne ein Bier bei uns trinken und trotzdem ihre Nachtruhe finden.

Fritz Bauch Kollektiv

DOKUMENTATION

Kneipenkollektiv
"Fritz Bauch"
- Geschaeftsleitung -
Bartelsstr. 12
2000 Hamburg 36

Mietergemeinschaft Bartelsstr. 10
c/o Michael von Renner
2000 Hamburg 36
29.Juli 1991

Liebe Betreiberinnen und Betreiber,

wir moechten euch bitten, dafuer zu sorgen, daß in Zukunft die Ruhezeiten eingehalten werden, da wir uns doch erheblich durch den Kneipenbetrieb gestoert fuehlen. Sorgt bitte auch dafuer, daß eure Gaeste auf der Straße nicht unsere Nachtruhe stoeren. Falls ihr es nicht fuer noetig halten solltet auf unsere Beduerfnisse einzugehen, sehen wir uns gezwungen rechtliche Wege einzuleiten. In der Hoffnung, daß ihr unsere Bitte ernst nehmt,

mit freudlichem Gruß

Aufgrund des oben dokumentierten Briefes der MieterInnengemeinschaft Bartelsstraße 10 fand am 12.8.91 auf Einladung des Fritz Bauch-Kollektivs ein Treffen mit den AnwohnerInnen der Häuser Bartelstraße 2, 4, 6, 8, 10 und 21 statt. Im Laufe des Gesprächs wurde recht schnell deutlich, wo die Probleme liegen: Der Lärm, oder genauer, es geht um verschiedene Lärmquellen, die die BewohnerInnen total abnerven. Jedes Haus leidet unter spezifischen Lärmquellen. Die Dauerbeschallung durch das Publikum vor der Kneipe, das dort krakeelt, diskutiert oder Bier trinkt, ist, und das ist Konsens, ein echtes Ärgernis für die AnwohnerInnen.
Besondere Probleme haben die AnwohnerInnen links neben und direkt über "Fritz Bauch"; das Lautsprecherproblem ist für die BewohnerInnen über der Kneipe trotz vieler Änderungen der Aufhängung der Boxen noch nicht zufriedenstellend gelöst.
Das Nachbarhaus links von der Kneipe leidet unter Geräuschen, deren Quellen noch nicht ermittelt worden sind.
Diese speziellen oder besser baulichen Probleme der Kneipe müßten durch isoliertechnische Maßnahmen, die zu einem Teil von der Bau-Crew schon geleistet worden sind, in absehbarer Zeit zu beheben sein.

Doch wie geht es weiter mit dem Streetlife in der Bartelsstraße? Gerade die relativ lauschigen Sommernächte, so weit es sie denn in Hamburg gibt, sind den AnwohnerInnen ein echtes Greuel. Ist es denn unzumutbar, das Bier drinnen zu trinken, auch wenn draußen ein Sommernachtshimmel locken sollte? Selbst wenn es schwer fällt, sollte sich jede/r 'mal vorstellen, was es heißt, neben einer Kneipe zu wohnen, vor der die "Szene" trinkt.
Die Menschen, die sich allabendlich dem Trinkgenuß hingeben, sollten sich 'mal darüber klar werden, daß ihre fröhlichen Lebensbekundungen nicht immer nur ein fröhliches Echo finden, sondern auch ein heftiges Ärgernis erregen. Anna und Arthur halten das Maul, auch draußen vor der Tür; die Kneipen-Crew trägt nicht allein die Verantwortung, sondern letztlich bestimmen auch die Menschen, die in's "Fritz Bauch" gehen, was aus der Kneipe wird.
Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung zum Stil der Auseinandersetzung: Sicherlich hat der "Drohbrief" dieses Treffen mit den AnwohnerInnen erst herbeigeführt, doch glauben wir, die Redaktion, daß es auch andere Wege gibt, zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung zu kommen, ohne Androhung von juristischen Mitteln.



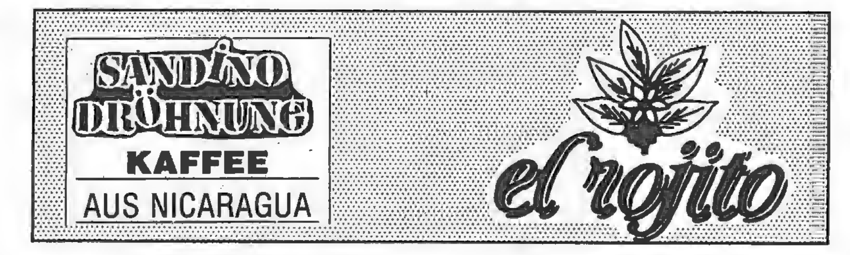
KULTUR FÜR ST. PAULI e.V.

Projekt SANKT PAULI MUSEUM /HAMBURG

Spielbudenplatz im SCHMIDT TIVOLI / Eingang Kastanienallee

Das St. Pauli Museum geht mit Riesenschritten seiner feierlichen Eröffnung Eröffnung am 22.09.1991 entgegen - doppelter Grund zum Feiern: am gleichen Tag wäre Hans Albers 100 Jahre alt geworden.
Die verschiedenen Abteilungen des Museums sind miteinander verbunden zu einem spannenden Rundgang durch St. Pauli, über den Kiez, durch die Geschichte der hier Lebenden und Arbeitenden zu einem Kulturspektrum also mit Wirkung weit über die Grenzen Hamburgs hinaus.
Dieser Rundgang führt im Detail durch folgende Bereiche:

1. St. Pauli - Klischees und Vorurteile
2. Geschichte und Viertel (Sammlung Holger Rosenberg u.a.)
3. Fotografie auf St. Pauli
4. Gastronomie, Musik und Variete
5. Film und Schlager
6. Musik - vom Star-Club und den Beatles bis zum Hier und Jetzt
7.a) Kiez und Sex - ein erotosches Kabinett
7.b) Die andere Seite - Frauen in ihrer Arbeit - über Prostitution und Freier
8. Leben, Arbeit und Wohnen auf St. Pauli
9. Museumsarchiv



"Unser größter Export ist die Revolution. Nicht Waffen, nicht Soldaten, sondern das bloße Gerücht, daß Freiheit möglich ist."
Daniel Ortega

Der Kampf um die Freiheit ist in eine neue Phase getreten. Die nicaraguanische Regierung tritt nicht mehr als Unterstützer emanzipatorischer gesellschaftlicher Kräfte auf, sondern ist im Gegenteil darum bemüht, diese Kräfte zu zerstören. Die permanenten Streiks von ArbeiterInnen und Campesinos jedoch haben eine "zweite Revolution" hervorgebracht. Eine Fülle von selbstverwalteten Betrieben und Fincas sind das Ergebnis dieser von den Gewerkschaften getragenen Kämpfe. Teils mit offener Repression, teils mit ihrer Wirtschaftspolitik versucht die Chamorro-Regierung, die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften der armen Bevölkerungsteile zu zerstören.

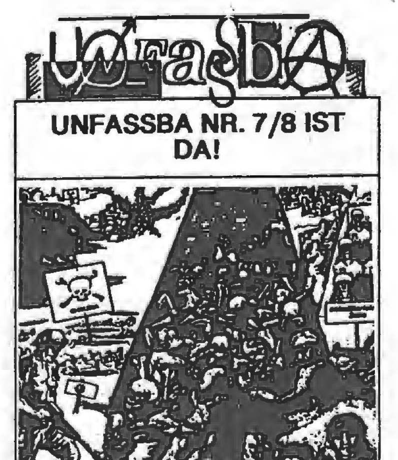
Auch wenn sich die Bedingungen für die Solidarität mit Nicaragua verschlechtert haben, halten wir es für richtig, nicht aufzuhören. Mit den Spenden aus dem Verkauf des Nicakaffees "SANDINO DRÖHNUNG" unterstützen wir die LandarbeiterInnengewerkschaft ATC und die Kleinbauernorganisation UNAG, die die selbstverwalteten Betriebe beraten und verteidigen.

SANDINO DRÖHNUNG ist in Hamburg direkt bei uns oder in Verkaufsläden erhältlich. Wir liefern auch per Post in die gesamte Bundesrepublik. In 4 Sorten:Normal, Mild, biologisch angebaut, Espresso. Preise: DM 9,- (DM 10,- für Organico und Espresso) inkl. mind. DM 1,- Spende je 500-Gramm-Packung. Den Kaffee begleiten stets aktuelle politische Informationen zu Mittelamerika.

Infos bei: EL ROJITO e.V., Gr. Brunnenstr.74, 2000 Hamburg 50

Flora Straßenfest am 23.8.91

Ideen und gute Laune sind mitzubringen



Doppelnummer! Themen: Mit Rassismus gegen Männerwahn: Betty Mahmoudy - Nicht ohne meine Tochter, Grenzen auf!, Kurdistan, BekennerInnenbriefe, Volxsport, Antifa, Anarchafeminismus, , Knast- und Häuserkampf, Tag X, Kriminalisierung, 1.Mai-Rückblick, Comix,...
Preis: 6,- Muck, *Abo*: 20,-, ***WiederverkäuferInnen***: 9 Exemplare 40 Mack. Alles nur bar und im Voraus ***bei***: *Unfi, c/o Umwälzentrum, Scharnhorststr. 57, W-4400 Münster.*





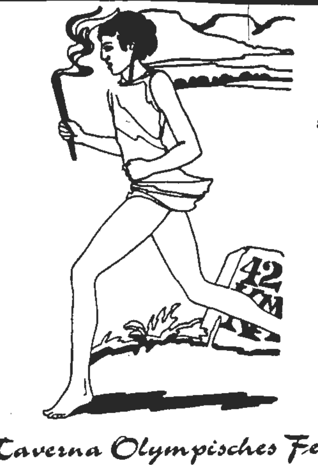
Schanzenstraße 25 · 2000 Hamburg 36
Telefon 040-43 77 19





INHABER PASCH. CHRISTOFORIDIS
SCHANZENSTR. · 87 · 2000 HAMBURG 6 · TELEFON : 040/ 43 66 20

Mo.– Sa. 17 – 1 Uhr
So. 12 – 1 Uhr



Taverna Olympisches Feuer
Schulterblatt 63 · 2000 Hamburg 6 · Telefon 43 55 97
Geöffnet von 13.00 Uhr bis 2.00 Uhr morgens







Vegetarisches Vollwert-Restaurant und Café
– Nichtraucher/Innen –
Bundesstraße 6
2000 Hamburg 13



Öffnungszeiten:
Di-So 16⁰⁰ bis 24⁰⁰ Uhr
Inhaberin: B. Mittendorf
Tel. 040/45 13 24



Buchhandlung YOL

Schanzenstraße 5 Tel. 43 54 74

Wir haben Bücher und Informationen über die Türkei, Emigranten in der BRD, Literatur von türkischen Autorinnen und Autoren.
AYRICA TURKÇE KITAPLAR

YOL KİTABEVİ



c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK	KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHULTERBLATT 55	SCHANZENSTRASSE 59
2000 HAMBURG 36	2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08	TEL. 040/430 08 88
FAX 040/43 38 11	SPIELE 040/439 68 32
	FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

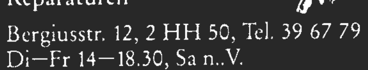
Und wo gibt's das "Neue Schanzenleben"?

Na, in beiden Läden natürlich. Schaut doch mal 'rein.

* Das Buchladenkollektiv *



die Spezialisten für Motorradklamotten und besondere Ideen Reparaturen



Bergiusstr. 12, 2 HH 50, Tel. 39 67 79
Di–Fr 14–18.30, Sa n.V.



Kompletter Partyservice
Kaltes Buffet
Warme Speisen

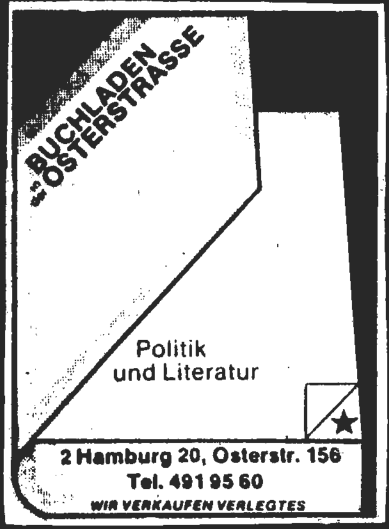
Rothenbaumchaussee 63
2000 Hamburg 13
Telefon 410 22 17

Schulterblatt 36
2000 Hamburg 36
Telefon 430 20 31

Öffnungszeiten: 12.00 Uhr bis spät in die Nacht

HOLLAND KAAS IMPORT GMBH
naturgereifte Käse
Schulterblatt 60







ACHTUNG! Neue Adresse!
Schulterblatt 58
2000 Hamburg 36
Tel.: 43 53 20

